

Vors.: „Ich danke dem Herrn Vortragenden für seinen hochinteressanten geistvollen und klaren Vortrag. Uns Techniker hat er erneut auf die praktische Verwertung des heute billig darzustellenden Hydrazins hingewiesen und sicherlich werden viele von uns seinem Rat folgen. Was die Verwendung

der Stickstoff-Wasserstoffsäure angeht, so überlassen wir es am besten der Sprengstofftechnik, sich ihrer anzunehmen. Ich wenigstens lehne es ab, diese in ihren Salzen so explosive Verbindung auf ihre technische Verwertung für andere Zwecke zu prüfen. (Heiterkeit.)

Geschäftssitzung

Donnerstag, den 19. Mai 1910, nachmittags $1\frac{1}{2}$ Uhr, im großen chemischen Hörsaal der Technischen Hochschule.

Vors.: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. C. Duisberg:

„Meine sehr verehrten Herren! Durch das Vertrauen der vorjährigen Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. haben Sie mich für die nächsten drei Jahre wieder zu Ihrem Vorsitzenden erwählt. Diesmal ist es die letzte Periode meiner Amtstätigkeit. Da möchte ich den heutigen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne in kurzen Worten der Aufgaben zu gedenken, welche den Verein Deutscher Chemiker zukünftig zu beschäftigen haben, um dabei auf die Ziele hinzuweisen, die wir uns weiter setzen müssen.

Heute früh in festlicher Sitzung bot sich keine Möglichkeit, dies zu tun. Deshalb bitte ich um Entschuldigung, wenn ich für einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehme.

Unser Verein hat sich in einer Weise entwickelt, wie wir es vor zwei Dezennien, als er gegründet wurde, kaum erwarten konnten. Im abgelaufenen Jahre sind zwar manche Mitglieder — nämlich 272 — ausgetreten, wie dies bei einem jetzt mehr als 4000 Mitglieder zählenden Verein nicht überraschend ist, aber zahlreiche neue Mitglieder — nämlich 433 — haben die Lücken geschlossen und darüber hinaus die Zahl der Vereinsmitglieder auf die Höhe von ca. 4300 gebracht. Zwar stehen noch viele Berufskollegen draußen, und wir werden nicht ruhen noch rasten, bis wir auch sie in unseren Bann und Kreis hineingezogen, bis wir auch ihnen die Überzeugung beigebracht haben, daß es zur Berufspflicht eines jeden deutschen Chemikers gehört, Mitglied unseres Vereins zu sein. Darum darf unsere erste Aufgabe, die Werbetätigkeit, auch für die Zukunft nicht ruhen. Jedes Mitglied muß hier mithelfen, muß weiter mitwerben, und vor allem sollten dies die Mitglieder der Vorstände unserer Bezirksvereine und Fachgruppen in noch regerem Maße als bisher tun.

Wir sind, das habe ich schon oft konstatiert, zurzeit die größte chemische Vereinigung nicht nur Deutschlands, sondern der Welt. Diese Größe legt uns aber auch in doppelter Beziehung Verpflichtungen auf. Man will von uns nicht nur schöne Worte hören, sondern auch Taten sehen. Jeder muß daher nach seinem Vermögen zur Mitarbeit herangezogen werden. Als wichtigstes gilt es, die Interessen unseres Standes zu fördern, das Ansehen unseres Berufs zu heben, und zu diesem Behufe fest und treu zusammen zu stehen. Voraussetzung dafür ist, daß jedes Mitglied unseres Vereins, außer einer dauernden Vervollständigung seiner Kenntnisse, in bezug auf charaktervolles Verhalten und

ehrenvolle Betätigung innerhalb und außerhalb seines Berufes dem Stande Treue leistet.

Unermüdlich und andauernd waren wir in der Vergangenheit tätig, die jahrelange Forderung: „Als Voraussetzung für das Studium der Chemie muß ausnahmslos das Abiturientenexamen gelten“, zur Durchführung zu bringen. Vieles haben wir hier erreicht, aber manches bleibt noch zu tun übrig. Wir werden also auch hier nicht ruhen dürfen. In Ergänzung dieser Aufgabe wollen wir weiter bemüht sein, Verständnis für alle naturwissenschaftlichen, speziell chemischen Fragen in den höheren Schulen und in allen Kreisen der Bevölkerung, zumal in denen der Juristen und Verwaltungsbeamten, zu wecken. Wichtiger aber noch ist neben der Vorbildung die gründliche Ausbildung der angehenden Chemiker in der theoretischen und praktischen Wissenschaft, nicht nur der Chemie, sondern vor allem auch in der Physik und Mineralogie und in manchen anderen naturwissenschaftlichen und philosophischen Fächern. Nur keine allzu frühe Spezialisierung. Das wäre der größte Fehler, den wir machen könnten. Wenn es auch zuweilen bestritten wird, wir sind der festen Überzeugung, daß die Bedeutung der deutschen chemischen Industrie nicht nur dem kaufmännischen Geschick und dem großen Organisationstalent unserer kaufmännischen und technischen Kollegen zu verdanken ist, sondern zumeist der gründlichen wissenschaftlichen Ausbildung und der unermüdlichen Forschungstätigkeit der deutschen Chemiker. Hier liegt unsere Stärke, hier dürfen wir nicht rasten und rosten, hier müssen wir unermüdlich weiter fortschrittlich uns betätigen, die staatlichen Einrichtungen zu bessern und zu mehrern suchen und die Anforderungen an uns selbst steigern.

Für tüchtige Leistungen anständige Behandlung, soziale Gerechtigkeit und gute Bezahlung. Durch die vermittelnde Tätigkeit unseres Vereins hat sich in dieser Hinsicht viel gebessert, aber an Arbeit ist hier noch am meisten zu tun. Manche zu Agitationszwecken aufgestellte Behauptung ist auf ihren richtigen Wert zurückgeführt worden. Sicherlich werden wir nie dahin kommen, daß ausnahmslos Zufriedenheit in unseren Kreisen herrscht. In allen sozialen Fragen ist es unmöglich, eine volle Übereinstimmung sämtlicher Anschauungen herbeizuführen. Klärend und vermittelnd hat hier die Tätigkeit unseres paritätisch aus angestellten und selbständigen Chemikern zusammengesetzten Sozialen Ausschusses gewirkt.

Daher ist es uns eine angenehme Pflicht, den Mitgliedern desselben unseren wärmsten Dank für

ihr reges Interesse und ihre unermüdliche Tätigkeit an dieser Stelle auszusprechen.

Möge der Blitzableiter, den wir uns dadurch auf unser großes Vereinshaus gesetzt haben, noch lange und sicher im Interesse unseres Vereins, unseres Standes und unserer Industrie wirksam sein.

Ein Vereinsorganismus kann aber nur dann gesund bleiben und sich nach innen und außen kräftig weiter entwickeln, wenn seine Organe nichts zu wünschen übrig lassen, wenn auch sie gesund und kräftig sind, wenn sie nicht degenerieren. Dem Hauptvorstand liegt die Leitung des Gesamtvereins ob, und die Vertretung nach außen ist ihm satzungsgemäß allein zugewiesen. Er kann aber nur dann Erfolge erzielen, wenn er sich auf die Abteilungen, die Bezirksvereine und die Fachgruppen mit ihren Vorständen voll und ganz verlassen darf. Hier meine ich, gibt es noch viel zu tun. Hier müssen wir für die nächsten Jahre in erster Linie den Hebel ansetzen, um weiter zu kommen. Liegt den Fachgruppen die rein wissenschaftliche Betätigung auf ihren Fachgebieten ob, um unsere Hauptversammlungen lehrreich und interessant zu gestalten, strittige Fragen wissenschaftlicher Art zu klären und die Interessen der in unserem Verein vertretenen Spezialzweige der chemischen Industrie zu wahren, so haben die Bezirksvereine die Aufgabe, alles zu tun, um den Hauptvorstand bei den Fragen der vorhin gekennzeichneten Art zu unterstützen und hauptsächlich den kollegialen Verkehr zu pflegen und unsere jungen Mitglieder in bezug auf Standesehre und Standesachtung im Sinne der Ausführungen unseres Kollegen Scheithauer im letzten Protokoll des Sozialen Ausschusses zu erziehen. Wir müssen daher für die nächsten Jahre großen Nachdruck auf die Entwicklung der Bezirksvereine legen und sie zu reger geistiger und geselliger Tätigkeit anhalten. Manche unserer Bezirksvereine können hierbei als Vorbild dienen. Sie haben die Zahl ihrer Mitglieder von Jahr zu Jahr gesteigert und alle in ihrer Interessensphäre liegenden Chemiker zur Mitarbeit im Verein herangeholt. Wenn der ihnen zugewiesene Land- und Stadtkreis groß war, haben sie Ortsgruppen, nicht nur eine, sondern mehrere gegründet und in diesen zuerst rein gesellige und dann auch gelegentlich wissenschaftliche Monatszusammenkünfte abgehalten. Vortragende aus eigenem Kreise oder durch die Vermittelung unserer Vortragsstelle gewonnen, haben die Bezirksvereinsmitglieder über Tages- und Zeitfragen, nicht nur über chemische und chemisch-technische Themata, sondern auch über solche volkswirtschaftlicher Art aufgeklärt. Exkursionen in chemische Fabriken, Werkstätten, städtische Anlagen und Museen wurden gemeinsam gemacht, und daneben wurde der kollegiale Verkehr in den Nachsitzen und bei den Ausflügen usw. gefördert. So haben sich in diesen fleißigen Bezirksvereinen mit ihren Ortsgruppen Kristallisationspunkte gebildet, denen unsere Standesgenossen mit ihren Freuden und Leiden zuschießen können, die die Standesinteressen hochhalten und durch ihr ganzes Verhalten und Wirken dazu beitragen, die Achtung vor den deutschen Chemikern zu erhöhen.

So gut und günstig sieht es leider nur in wenigen Bezirksvereinen aus. In vielen fehlt dies rege Leben.

In einzelnen ist nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt zu verzeichnen. Da erwächst für die Vorstände dieser Bezirksvereine und nicht minder für unsere Geschäftsstelle die Pflicht, Wandel zu schaffen, sich eifriger und fruchtbarer zu betätigen, den strebsamen Bezirksvereinen nachzueifern und mit Energie und Tatkraft den Dornröschenschlaf zu stören, in den diese Bezirksvereine versunken zu sein scheinen. Man verzeihe es mir als Vors., wenn ich hier den Arzt spiele und das Messer an die wunde Stelle des Vereinsorganismus lege. Überall, wo das Vereinsleben in den Bezirksvereinen stagniert, läßt sich — darüber besteht bei mir kein Zweifel — ein regeres Pulsieren der Schlagadern herbeiführen. Wie es zu machen ist, brauche ich nicht mehr besonders hervorzuheben. Ich habe das vorhin bereits bei den Musterbezirksvereinen lobend getan, und man braucht diese und ihre Vorsitzenden nur zu fragen, wie sie es gemacht haben, man braucht es ihnen nur nachzumachen, dann wird und kann der Erfolg nicht ausbleiben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch empfehlen, daß einzelne Bezirksvereine Fortbildungskurse für Chemiker einzurichten suchen.

Drum richte ich an alle Mitglieder des Vereins die dringliche Bitte, helfen Sie auch hier mit, suchen Sie auch in Ihren Bezirksvereinen den Geist, der uns alle beseelt, zur Geltung zu bringen und unterstützen Sie uns darin, daß neues Leben in den stillstehenden Bezirksvereinen blüht. Wollen wir vollen Erfolg haben, dann müssen wir es machen wie viele andere große Vereinigungen, wir müssen schon bei der Jugend beginnen, wir müssen die Studierenden der Chemie, sei es als außerordentliche Mitglieder, sei es durch besondere Vergünstigungen, wie es auf meinen Vorschlag hin schon auf der diesjährigen Hauptversammlung geschehen ist, in unseren Kreis hineinziehen. Da können uns die Professoren der Hochschulen am meisten helfen, und ich bitte darum, daß die Bezirksvereine und Ortsgruppen, die ihren Sitz in Städten mit Universitäten und Technischen Hochschulen haben, nach dieser Richtung hin besonders tätig sind und geeignete Schritte unternehmen.

Die Hauptschlagader aber in unserem Vereinsorganismus ist die Zeitschrift, die uns wöchentlich über alles, was in unserem Verein, in der chemischen Technik in der Welt vorgeht, unterrichtet. Es würde besser sein, wenn wir es ermöglichen könnten, sie unseren Mitgliedern statt einmal, zweimal wöchentlich zuzustellen. Leider scheitert dies vorerst an der Finanzfrage. Wie die im Geschäftsbericht abgedruckte Abrechnung über unsere Zeitschrift zeigt, hat das Zeitschriftunternehmen im letzten Jahre mit einem erheblichen Defizit abgeschlossen, und da auch der Überschuß der Vereinsrechnung nicht ausreicht, haben wir im Verein zum ersten Male seit seinem Bestehen mit Verlust gearbeitet. Ein zweimaliges Erscheinen der Zeitschrift in der Woche würde — darüber sind alle Vorstandsmitglieder einig — wesentlich größere Opfer fordern. So gern wir diesen, im Interesse des Vereins äußerst fruchtbaren Gedanken in die Wirklichkeit übersetzten, für die nächsten Jahre wenigstens müssen wir noch davon absehen. Aber hier bitte ich Sie alle mitzuhelfen, das für die Vereinsinteressen so wichtige Ziel zu erreichen. Zwar muß sich die Re-

daktion. so sehr sie darauf bedacht war, wie wir alle lobend anerkennen, den Inhalt der Zeitschrift zu verbessern und zu vertiefen — und in diesem Punkte darf sie nicht stille stehen, sondern muß fortschreiten — Beschränkung auferlegen. Sie darf einen bestimmten Raum nicht überschreiten, und sie muß die Originalarbeiten, Referate und Mitteilungen aller Art so kurz und präzise wie nur möglich fassen lassen bzw. eventuell zur Kürzung zurückgeben. Verfasser und Redakteure müssen hier Hand in Hand arbeiten. Letztere dürfen nicht nachsichtig, sondern müssen streng, dabei aber gerecht sein. Erstere dürfen dies nicht übel nehmen, sondern müssen sich als Vereinsmitglieder, und zwar in ihrem Interesse, im Interesse der Leser und im Interesse des Vereins diesem Zwang ohne Groll fügen. Wenn wir uns so beschränken, so werden zwar dadurch unsere Einnahmen nicht größer. Wir erreichen es aber, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Haus zu halten und ohne Unterbilanz durchzukommen. Das wichtigste aber ist, daß wir die Mittel des Vereins und der Zeitschrift zu steigern suchen. Das läßt sich nur allein auf dem Wege über die Inserate bewerkstelligen. Der Verein deutscher Ingenieure sei hier unser Vorbild und Lehrmeister. Ihm müssen wir nachzustreben suchen. Der schönen Worte, um dies Ziel zu erreichen, sind genug gewechselt, jetzt laßt uns endlich Taten sehen. Drum kaufe jeder Angehörige des Vereins deutscher Chemiker nur bei denen und denjenigen Firmen, die in unserer Zeitschrift inserieren, oder veranlasse wenigstens seine Lieferanten, uns von jetzt an ebenfalls mit Inseraten zu unterstützen, wie sie es bei zahlreichen anderen Zeitschriften tun. Das Geld kann nicht unlohnend ausgegeben sein, wenn man auch in unserer Zeitschrift inseriert, da sie doch in mehr als 5000 Hände kommt. Viele unserer Leser aber nehmen eine bedeutsame Stellung in der Industrie ein. Wenn diese Mahnung wiederum verhallt und nicht fruchtet, so gibt es meines Erachtens keinen anderen Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles, als den Jahresbeitrag unserer Mitglieder von 20 M auf 25 M zu erhöhen. In Anbetracht der Steigerung von Materialien und Löhnen — zumal auf dem Gebiete der Druckerei — in den letzten 10 Jahren, wie sie sich bei uns in Deutschland überall bemerkbar gemacht hat, reicht eine solche Erhöhung von 25% nicht einmal aus, um diese Steigerung der Einstandspreise wett zu machen. Obgleich uns die Zeitschrift für angewandte Chemie heute pro Exemplar mehr kostet als der Jahresbeitrag ausmacht, würde trotzdem — davon bin ich überzeugt — ein Sturm der Entrüstung durch die Reihen unserer Mitglieder gehen, wenn der Vorstand einen diesbezüglichen Antrag stellen würde. Um nicht mir, aber meinem Nachfolger an dieser Stelle und dem Vorstand des Vereins in kommenden Zeiten die Position zu erleichtern, richte ich daher erneut an Sie und an alle Mitglieder des Vereins die dringende Bitte, helfen Sie uns auch bei der Zeitschrift, diese nicht nur ihrem Geist und Inhalt nach zu verbessern und zu vergrößern, sondern sie auch materiell zu unterstützen. Krank die Zeitschrift, so krankt der Verein. Darum sei unser aller Augenmerk darauf gerichtet, eine Arteriosklerose dieses wichtigen Vereinsorgans zu verhindern.

Nunmehr, meine hochverehrten Herren, eröffne ich die heutige geschäftliche Sitzung des Vereins deutscher Chemiker und danke den Mitgliedern, daß sie auch zu dieser Sitzung so zahlreich erschienen sind.

Ich stelle zunächst fest, daß die heutige Sitzungsordnungsmäßig einberufen und die Tagesordnung ordnungsmäßig veröffentlicht worden ist.

Ich ernenne unseren Geschäftsführer, Herrn Prof. Dr. R a s s o w, zum Schriftführer der heutigen Versammlung und bitte zur Beglaubigung des Protokolls folgende Herren, bis zum Schlusse der Sitzung hier zu bleiben und das Protokoll mit zu unterzeichnen: Dr. F. G a r t e n s c h l ä g e r, Dr. H a n s A l e x a n d e r, Dr. A u g. P u s c h, Dr. D i e h l, Prof. Dr. W. F r e s e n i u s, Dr. B a m m a n n, Prof. Dr. B e c k e r.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie noch bitten, mitzuhelfen, daß wir über die Gegenstände rein formaler Natur möglichst schnell hinwegkommen, damit wir uns bei den wichtigen Punkten etwas länger aufhalten können. Der Vorstand schlägt Ihnen daher eine etwas geänderte Reihenfolge der Tagesordnung vor.

Sodann muß ich noch bemerken, daß Herr Dir. Dr. K r e y leider verhindert ist, der Sitzung beizuwohnen, weil sein Sohn durch einen schweren Unfall lebensgefährlich erkrankt ist. Wir bedauern dies um so mehr, weil er, wie Sie gleich hören werden, es leider ablehnt, weiter im Vorstande zu verbleiben und er deshalb vorerst heute zum letzten Male als Mitglied des Vorstandes hier hätte anwesend sein können.“

1. Der Geschäftsbericht des Vorstandes. (Vgl. S. 1586 ff.).

2. Jahresrechnung für 1909, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes liegt gedruckt vor (S. 1597) und wird genehmigt.

V o r s.: „Herr Dir. L ü t y ist zum Referenten ernannt; ich glaube aber, daß es kaum nötig sein wird, daß er der Abrechnung etwas Weiteres zufügt. Den Bericht der Rechnungsprüfer brauchen wir nicht zu verlesen; Sie finden ihn Seite 6 des Geschäftsberichtes gedruckt. Sie ersehen daraus, daß das Vermögen des Vereins etwas abgenommen hat; immerhin beträgt es noch 67 767 M. außer den Beträgen der Hilfskasse und der Stiftungen.“

Dr. B e i n.: „M. H.! Ich beantrage, unter Aussprechen unseres Dankes, die Entlastung für unseren Schatzmeister und die übrigen Mitglieder des Vorstandes zu erteilen.“

V o r s.: „Es ist Entlastung des Vorstandes beantragt; es erfolgt kein Widerspruch dagegen; dieselbe ist ausgesprochen.“

3. Haushaltsplan für das Jahr 1910.

V o r s.: „Derselbe liegt gedruckt vor (S. 1598). Er schließt sich an die Ergebnisse des vorigen Jahres an. Wir hoffen aber, wenn wir so sparsam weiter vorgehen, wie wir in Aussicht genommen haben, daß wir mit plus minus Null abschneiden werden. Sie sehen aber, daß das, was wir in den letzten Jahren getan haben, alles Geld kostete, und wir infolgedessen verhindert waren, weitere Überschüsse zu machen.“

„Es ergreift niemand das Wort, der Haushaltsplan ist genehmigt.“

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

„M. H.! Es ist Ihnen bekanntgegeben worden, daß in diesem Jahre satzungsgemäß ausscheiden Herr Dir. Dr. H. Krey und Herr Dr. P. Flemming. Der Vorstandsrat schlägt Ihnen nun vor, an Stelle des Herrn Dir. Krey Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück zum stellvertretenden Vorsitzenden, und an dessen Stelle Herrn Dr. Scheithauer als Beisitzer zu wählen, außerdem Herrn Dr. Flemming wiederzuwählen.

Ich habe eben schon angedeutet, daß Herr Kollege Krey leider nicht in der Lage ist, eine Wiederwahl, die wir ihm im Vorstände angetragen hatten, anzunehmen. Wir im Vorstände bedauern dies am allermeisten. Sie kennen ihn lange Jahre. Wie Sie wissen, war er neun Jahre mit uns zusammen als Vorstandsmitglied tätig. Sie dürfen nicht vergessen, daß er schon in einer früheren Periode als Vors. fungiert und wesentlich mit zur Kräftigung des damals noch ganz kleinen Vereins beigetragen hat. Energisch und impulsiv wie er in unserer Mitte immer war, ist er uns ein lieber Freund geworden, wie ja überhaupt das Zusammenarbeiten und der Verkehr im Vorstände ein äußerst freundschaftlicher ist, und die Stunden, die wir da zusammen verbringen, zu den schönsten unseres Lebens gehören. Wenn wir deshalb einen lieb gewordenen Kollegen aus unserem Kreise scheiden sehen, so tut uns das herzlich leid. Es ist aber auch bedauerlich für den Verein, und wir sind Herrn Dir. Krey von Herzen verbunden für alles, was er für den Verein getan hat. Ich darf Sie bitten, Ihren Dank an ihn dadurch auszudrücken, daß Sie sich zum Zeichen der Zustimmung zu meinen Worten von Ihren Sitzen erheben. (Geschlecht.)

Wir haben vorgeschlagen, an Stelle des Herrn Dir. Krey, Herrn Geheimrat Prof. Dr. Delbrück zu wählen, weil in früheren Jahren, zu Zeiten Volhards, es Gepflogenheit war, daß das Amt des ersten Vorsitzenden in den Händen eines Vertreters der angewandten Chemie, das des zweiten Vors. in den Händen eines Vertreters der wissenschaftlichen Chemie lag. Das möchten wir wieder einführen, deshalb schlagen wir vor, Herrn Geheimrat Dr. Delbrück an Stelle des Herrn Dir. Krey zum stellvertretenden Vorsitzenden zu ernennen, und zwar bis Ende des Jahres 1913; an Stelle des Herrn Geheimrat Dr. Delbrück, der bis zum Jahre 1912 gewählt war, schlagen wir dann vor, Herrn Dr. Scheithauer bis zum Ablauf der Amtsperiode des Herrn Geheimrat Delbrück, also bis Ende 1912, in den Vorstand zu wählen, sodann Herrn Dr. Flemming als Vertreter der angestellten Chemiker bis Ende des Jahres 1913 wieder zu wählen. Sind die Herren damit einverstanden? (Zustimmung.) Dann ist die Wahl vollzogen.“

Die Herren Geheimrat Delbrück und Dr. Flemming nehmen die Wahl mit Dank an.

„Vors.: „Herr Dr. Scheithauer bedauert, nicht anwesend sein zu können, er ist an Gesichtsröte erkrankt, hat sich aber bereit erklärt, wenn Sie ihn wählen würden, die Wahl anzunehmen.“

Wir haben jetzt noch die Wahl von zwei Rechnungsprüfern vorzunehmen. Es waren, wie Ihnen bekannt ist, bisher mit Ausdauer und Erfolg als solche tätig Herr Dr. Flimm und Herr Prof. Dr. Kolb. Ich bitte Sie, diese beiden bewährten Mannern wieder zu wählen. (Bravo!) Sie haben unserem Vorschlag zugestimmt. Ich nehme auch an, daß die beiden genannten Herren die Wahl annehmen.

(Dr. Flimm erklärt, daß er die Wahl annimmt.)

5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Vors.: „M. H.! Unsern Vorschlag kennen Sie. Die Begründung ist in Ihren Händen; wir empfehlen in diesem Jahre Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Theodor Curtius zu Heidelberg zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die Begründung lautet:

(Vgl. S. 1599.)

(Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.)

M. H.! Sie haben Ihre Zustimmung zu unserem Vorschläge zu erkennen gegeben. Wir haben die große Ehre, unser neuernanntes Ehrenmitglied unter uns zu sehen. Ich begrüße Herrn Geh. Rat Prof. Dr. Curtius aufs herzlichste und freue mich, daß ihm diese höchste Ehre, die der Verein zu vergeben hat, zuteil wird. Ich hoffe, er wird die Freundschaft und Treue, die er uns bisher entgegen gebracht hat, uns erst recht als unser Ehrenmitglied bewahren.“

Geh. Rat Prof. Dr. Curtius: „M. H.! Ich danke Ihnen verbindlichst und möchte darauf nur erwidern, daß ich doch ganz unverdient zu dieser großen Ehre komme. (Widerspruch.) Ich weiß sie in um so höherem Maße zu schätzen, als ich an einem Ort lebe, wo in unmittelbarer Nachbarschaft ein großes Zentrum der chemischen Industrie existiert und ein sehr reger Verkehr und eine so rege Freundschaft zwischen Wissenschaft und Technik vorhanden ist. Aber verdient habe ich — wie gesagt — eine derartige Ehrung in keiner Weise durch meine Forschungen, die doch der Technik und der Industrie in direkter Weise bisher keinen Vorteil gebracht haben. Jedenfalls meinen verbindlichsten und wärmsten Dank für diese Auszeichnung.“ (Bravo und Händeklatschen.)

6. Festsetzung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1911.

Vors.: „Der Vorstandsrat hat sich gestern mit der Frage beschäftigt. Wir schlagen Ihnen vor, im nächsten Jahre nach Stettin zu gehen. Es liegen außerordentlich lebenswürdige Einladungsschreiben, sowohl von dem Bezirksverein wie von der Stadt und der Handelskammer vor.“

Dir. Creutz: „M. H.! Ich habe den ehrenvollen Auftrag von dem Pommerschen Bezirksverein, Sie herzlichst zu bitten, nach Stettin zu kommen. Wir haben mit maßgebenden Kreisen Fühlung genommen, so daß wir glauben, Ihnen Gewähr leisten zu können, daß Sie sich bei uns behaglich fühlen werden. Wenn auch Stettin nicht das bieten kann, was die große Stadt München Ihnen bietet, so werden Sie doch auch bei uns manches finden, was Sie interessieren und erfreuen kann. Wir laden Sie also herzlich ein nach Stettin zu kommen.“ (Bravo!)

Vors.: „Wir danken dem Pommerschen Be-

zirksverein und den Stettiner Behörden für die freundliche Einladung, und ich hoffe, daß Sie diese Einladung einstimmig annehmen. — Das ist der Fall. Wir würden also im nächsten Jahre nach Stettin gehen; ich nehme an, Sie sind auch einverstanden, daß wir unsere Hauptversammlung wieder in die Pfingstwoche legen. Nun käme die Frage, wo sollen wir 1912 hingehen. Wir beschließen heute nicht darüber, wir besprechen die Frage nur. Da stehen wir nun einem *embarras de richesse* von Einladungen gegenüber, wie er nie zuvor da gewesen ist. Wir sind eingeladen, nach Freiburg im Breisgau zu kommen, außerdem ist der Rheinische Bezirksverein und der Oberbürgermeister *Spiritus* so liebenswürdig gewesen, nach Bonn einzuladen; ferner hat auch der Hannoversche Bezirksverein gebeten, 1912 nach Hannover zu kommen, und endlich hat uns der Württembergische Bezirksverein nach Stuttgart eingeladen. Last not least lief heute morgen ein Telegramm von Dresden ein — mit dem der Sächsische Bezirksverein vielleicht nicht einverstanden sein wird, da wir erst vor kurzem bei ihm gewesen sind. Das Telegramm lautet: Mit Bezug auf Einladung des Rates der Stadt Dresden bitten wir, nächstes Jahr nach Dresden zu kommen. Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1911, Mai bis Oktober.

M. H.! Sie sehen, wir werden gesucht. Der Vorstandsrat hat nun beschlossen, Ihnen vorzuschlagen, für 1912 Freiburg i. Br. in Aussicht zu nehmen. Ich glaube, Sie werden damit alle einverstanden sein. 1913 würden wir dann nach Breslau gehen, weil dann dort die Technische Hochschule fertig ist und für diese Zeit schon im vorigen Jahre eine Einladung vorlag, der wir zu folgen versprochen haben. Im Jahre 1914 werden wir dann voraussichtlich Bonn wählen.

Damit können wir auch diesen Punkt der Tagesordnung verlassen.

Wir überspringen zunächst Ziffer 7 der Tagesordnung und gehen über zu

8. Sozialer Ausschuß.

a) Bericht über seine Tätigkeit.

(Referent: Prof. Dr. Osterrieth.)

Prof. Dr. Osterrieth: „Nach der Frankfurter Hauptversammlung setzte sich der Soziale Ausschuß folgendermaßen zusammen:

Vertreter:

Dr. Goldschmidt,	Dr. G. Schmidt;
Dr. Haagn,	J. Pfleger;
Dr. Jaeger,	Wohlgemuth;
Dr. Quincke,	Dr. Ulrich;
Dr. Raschig,	Prof. Busch;
Dr. Scheithauer,	Dir. Russig.

Die konstituierende Sitzung fand am 16./9. 1909 in Frankfurt a. M. statt. Es wurden die Arbeiten für das nächste Geschäftsjahr verteilt, und die Abhaltung einer Sitzung Anfang des Jahres 1910 in Berlin beschlossen. Diese Sitzung fand am 13./2. 1910 statt. Das Sitzungsprotokoll ist nebst Anlage in der Vereinszeitschrift veröffentlicht worden.

Behandelt wurden folgende Fragen:

1. Die Frage der staatlichen Privatbeamtenversicherung.

Angeichts des außerordentlich geringen Interesses, das von seiten der Bezirksvereine gezeigt wurde, hat der Ausschuß beschlossen, die Frage vorläufig ruhen zu lassen mit dem Vorbehalt, sie wieder aufzunehmen, sobald aus den Kreisen des Vereins Anregung hierzu gegeben wird.

2. Die Frage der Konkurrenzklausel wurde zusammen mit

3. der Frage des Geheimnisverrats verhandelt. Es wurde nämlich im Kreise des Ausschusses die Vermutung aufgestellt, daß durch § 18 des neuen Wettbewerbsgesetzes ein neuer, so umfassender Schutz gegen Geheimnisverrat geschaffen sei, daß dadurch die Konkurrenzklausel überhaupt überflüssig werde. Es wurde jedoch bei der Beratung festgestellt, daß die Auslegung dieser Bestimmung noch so zweifelhaft ist, daß sich daraus Schlussfolgerungen auf die Entbehrlichkeit der Konkurrenzklausel nicht ziehen lassen. Der Ausschuß beschloß daher, zunächst die weitere Entwicklung in der Rechtsprechung in der Frage des Geheimnisverrats abzuwarten und für alle Fälle bei dem Vorstande zu beantragen, daß die in der Frankfurter Sitzung gefaßten Eventualvorschläge zur Novelle der Gewerbeordnung der diesjährigen Hauptversammlung unterbreitet würde.

4. Die Aufstellung eines Normalvertrages wird von dem Ausschuß für äußerst wünschenswert gehalten. Dagegen war man sich klar, daß positive Vorschläge erst auf Grund sorgfältiger Vorarbeiten gemacht werden können. Es wurden daher die Herren Dr. Haagn und Dr. Scheithauer ersucht, zunächst durch private Umfrage Material zu sammeln, auf Grund dessen später eine Zusammenstellung der für einen Normalvertrag in Betracht kommenden Fragen gemacht werden könnte.

Daß vielfach die Konventionalstrafen unnötig hoch angesetzt werden, wurde im Ausschuß ziemlich allgemein anerkannt. Da jedoch die Konventionalstrafe andererseits dazu dient, berechtigten Interessen der Dienstherren zu schützen, erscheint eine eingehende Prüfung der Frage erforderlich. Die Herren Dr. Haagn und Dr. Raschig haben für die bei Gelegenheit der nächsten Hauptversammlung stattfindende Sitzung einen Bericht übernommen.

In der Frage des Ehrenworts wurde von dem Ausschuß einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen den angestellten und leitenden Chemikern hält es der Soziale Ausschuß für wünschenswert, daß in den Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht gefordert wird.“

Dieser Beschluß ist dem Vorstande zunächst als eine Ansicht des Ausschusses mitgeteilt worden. Der Vorstand des Vereins hat diesen Beschluß als Antrag der Hauptversammlung München unterbreitet.

5. Über den Punkt „Allgemeine Standesfragen“ lag dem Ausschuß ein Bericht des Herrn Dr. Scheithauer vor, der von dem Ausschuß genehmigt und in der Vereinszeitschrift veröffentlicht wurde. Im Anschluß an diesen Bericht faßte der Ausschuß folgenden Beschluß über die Vorbildung der Chemiker:

a) Der Ausschuß verlangt den durch Abschluß-

prüfung bewiesenen erfolgreichen Besuch einer neunklassigen Mittelschule.

b) Zur Vorbereitung ist ein Hochschulstudium erforderlich.

c) Als Abschluß des Hochschulstudiums ist die Ablegung eines Dokorexamens oder der Diplomprüfung erforderlich.

6. Statistik. Herr Dr. Quincke hatte dem Ausschuß den Entwurf eines Schemas vorgelegt, nach dem die Mitglieder des Vereins je nach ihrer Zugehörigkeit zu den verschiedenen Zweigen der Chemie eingeordnet werden könnten. Der Ausschuß hat beschlossen, diesen Entwurf dem Vorstände mit der Bitte zu überreichen, ihn an die Bezirksvereine weiterzugeben, damit diese die Einteilung ihrer Mitglieder vornehmen und, soweit erforderlich, Ergänzungen für die Einteilung vorschlagen.

Der Stand unserer Arbeiten nach dieser Sitzung ist folgender:

Ein Punkt, der von Anfang an auf der Tagesordnung unseres Ausschusses stand, betrifft die Privatbeamtenversicherung. Wir haben im Herbst vorigen Jahres eine Umfrage bei den Bezirksvereinen veranstaltet, darauf ist aber nur außerordentlich geringes Material eingegangen. Wir haben dann neuerdings noch einmal die Vereine ersucht, sich über die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Zwangsversicherung der Privatangestellten auszusprechen. Darauf sind aber neue Antworten kaum eingegangen, so daß wir feststellen müssen, daß jedenfalls im Kreise unseres Vereins an der Zwangsversicherung ein geringes Interesse besteht. Wir haben darauf beschlossen, die Sache ruhen zu lassen, bis ein neuer Regierungsentwurf vorliegt, der vielleicht im Laufe dieses Jahres erscheinen wird. Dann werden wir in der Lage sein, zu prüfen, was er den angestellten Chemikern bietet. Daraufhin würden wir vielleicht vom Sozialen Ausschuß aus noch einmal an die Bezirksvereine herantreten und unter Darlegung der Vorschläge der Regierung sie bitten, sich noch einmal darüber auszusprechen.

Eine weitere Frage, die wir behandelt haben, betraf den Geheimnisschutz und die Frage der Konkurrenzklausel. Wir haben beide Fragen zusammen behandelt, da sie im engsten Zusammenhang miteinander stehen.

In der Frage des Geheimnisschutzes ist im vorigen Herbst ein neues Gesetz erlassen worden, dessen Wirkung sich noch nicht übersehen läßt; es schien uns daher richtig, zunächst die Weiterentwicklung der Rechtsprechung abzuwarten, bis wir übersehen können, welche Wirkungen dieser Geheimnisschutz gerade in der chemischen Industrie haben wird. Die Frage dreht sich darum, ob das neue Gesetz einen Geheimnisschutz gewährt auch über die Zeitdauer des Angestellten-Verhältnisses hinaus. Bisher gab es einen Schutz nur während der Dauer des Dienstverhältnisses. Es ist möglich, daß dieser Schutz jetzt erstreckt wird; das hängt von der Auslegung des neuen Gesetzes ab, und wie gesagt, ehe diese Auslegung authentisch vorliegt, glauben wir nicht Stellung nehmen zu dürfen.

Ähnlich steht es mit der Frage der Konkurrenz-

klausel, die, je nachdem das Gesetz über den Geheimnisverrat ausfällt, eine größere oder geringere Bedeutung in der Praxis haben wird. Die vorige Hauptversammlung hat ja in der Frage der Konkurrenzklausel Stellung genommen. Es besteht aber die Möglichkeit, daß in dem künftigen Regierungsentwurf zur Gewerbeordnung, in dem auch die Frage der Konkurrenzklausel geregelt wird, Vorschläge gemacht werden, die sich nicht auf der Basis unserer eigenen Anträge bewegen. Aus diesem Grunde hatten wir schon im vorigen Herbst eine Reihe von Eventualvorschlägen ausgearbeitet, die für den Fall der Reichsregierung unterbreitet werden sollten, daß unser Frankfurter Vorschlag nicht durchdringt. Wir haben diesen Vorschlag jetzt dem Vorstände übergeben. Sie haben gesehen, daß die Frage auch auf der Tagesordnung der heutigen Hauptversammlung stand. Es hat sich nun gestern in der Sitzung herausgestellt, daß in einem wesentlichen Punkte Meinungsverschiedenheiten — vielleicht mehr formeller Art — bestehen zwischen dem Vorstand und dem Sozialen Ausschuß. Es war von dem Sozialen Ausschuß vorgeschlagen worden — das finden Sie auch auf der Tagesordnung —, dem § 133 f des Entwurfes zur Gewerbeordnungsnovelle einen besonderen Absatz beizufügen: „Insbesondere ist die Beschränkung nur auf solche Gegenstände und Verfahren zulässig, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen gelernt hat.“ Wir sind von dem Gedanken ausgegangen, daß die Konkurrenzklausel eigentlich im Grunde nur dem Zweck des Schutzes der Fabrik und Geschäftsgeheimnisses dienen, und daß die dem Angestellten aufzuerlegendende Karenz nicht über diesen Zweck hinaus erstreckt werden sollte. Deswegen sagten wir: es soll die Karenz sich nur auf das erstrecken können, was der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Tätigkeit tatsächlich kennen gelernt hat, aber nicht auf solche Dinge, mit denen er niemals etwas zu tun gehabt hat. Da ist nun seitens des Vorstandes ein Zusatzantrag gekommen, der allerdings die Tragweite unseres Beschlusses erheblich abschwächen würde. Unserem Vorschlag: „Insbesondere ist die Beschränkung nur auf solche Gegenstände und Verfahren zulässig, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen gelernt hat“ sollte zugefügt werden: „Es sei denn, daß dem Angestellten für die Dauer seiner Beschränkung eine Vergütung in Höhe des zuletzt von ihm bezogenen Gehaltes gewährt wird.“ Es sollte also eine Karenz auch auf anderen Gebieten zulässig sein als diejenige, die der Angestellte in seiner dienstlichen Tätigkeit kennen gelernt hat, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese weitergehende Karenz vergütet wird.

Nun haben wir in dieser Fassung eine gewisse Gefahr erblickt, daß die Karenz nämlich über das Bedürfnis des Arbeitgebers hinaus erstreckt werden könnte, zu geschäftlichen Zwecken, z. B. um eine tüchtige Kraft der Konkurrenz zu entziehen. Wir sind überzeugt, daß das nicht die Absicht des Vorstandes gewesen ist. Da aber der Vorschlag des Vorstandes erst gestern in später Stunde an uns gelangte, und wir mit Rücksicht auf die Vorstandssitzung keine Zeit mehr hatten, die Frage eingehend zu beraten, so haben wir zu dem Vorschlage

nicht Stellung nehmen können. Der Vorstandsrat hat auf die Darlegung dieser Sachlage gestern beschlossen, die Frage von der Tagesordnung abzusetzen. Es scheint uns dies auch richtig. Die Frage ist nicht eilig. Es wird noch längere Zeit dauern, bis der Reichstag mit einem neuen Gesetzentwurf in dieser Materie beschäftigt wird. Und die Frage wird jedenfalls besser beraten werden können, wenn wir Zeit haben, diese schwierigen Verhältnisse einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Deshalb haben wir zugestimmt, daß die Frage von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde.

Außerdem haben wir uns befaßt mit einer Anzahl von Fragen, die den Anstellungsvertrag zum Gegenstand haben. Wir haben schon im vorigen Herbst in Aussicht genommen, den Entwurf eines Normalvertrages auszuarbeiten. Bei der Übersicht über die Fragen, die hier in Betracht kommen können, sind uns einige aufgestoßen, die von besonderer Bedeutung zu sein scheinen und die vielleicht eine besondere Beratung verlangen. Es handelt sich hierbei um Punkte, die auch schon von anderer Seite, aus Kreisen der industriellen Beamten, zu einer gesetzlichen Sonderregelung vorgeschlagen worden sind. Nun halten wir für richtig, daß diese Fragen im Sozialen Ausschuß eingehend erörtert werden. Es wird sich dann herausstellen, ob wir selbst Vorschläge zu machen haben oder vielleicht nur Grundsätze aufstellen, die wir für eine Aufnahme in den Normalvertrag empfehlen.

Die Punkte, die in Betracht kommen, sind folgende:

Erstens die Frage des Ehrenwortes. Darüber haben wir uns schon im letzten Winter ausgesprochen, und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es wünschenswert ist, daß das Ehrenwort aus den Anstellungsverträgen unter allen Umständen verschwindet. Wir haben unsere Auffassung dem Vorstande mitgeteilt, und auf Grund dieser Anregung hat gestern der Vorstandsrat einen Beschluß gefaßt, der einen späteren Punkt der Tagesordnung bildet; ich brauche deshalb nicht näher darauf einzugehen.

Über die weiteren Punkte sind wir noch nicht in eine materielle Erörterung eingetreten; wir haben bis jetzt die Punkte an verschiedene unserer Mitglieder zur Berichterstattung verteilt und werden im Laufe des nächsten Jahres in der Lage sein, fortlaufend über unsere Arbeiten Bericht zu erstatten. Ich kann mich wohl darauf beschränken, Ihnen die Punkte namhaft zu machen: Konventionalstrafe, Frage der Mindest-Kündigungsfrist, Frage des Dienstzeugnisses; die Frage, wie es gehalten wird im Falle der Krankheit des Angestellten, also ob und wie weit die Gehaltszahlung weiter läuft, ob ein Rücktritt zulässig sein soll wegen längerer Krankheit des Angestellten; weiter die Frage militärischer Dienstleistung, wie weit im Falle einer solchen der Gehalt weiter zu zahlen ist und wie weit die militärische Dienstleistung ein Grund zum Rücktritt vom Vertrag sein soll. Die letzte Frage ist die des Erholungsurlaubes.

Natürlich wissen wir, daß wir damit nicht alle Fragen erschöpft haben, die überhaupt in Betracht kommen können; aber wir haben eine Auswahl getroffen, und wir werden dankbar sein, wenn die

Mitglieder uns weitere Anregungen geben, die wir in den Kreis unserer Arbeiten einbeziehen können.“

Vors.: „M. H.! ich habe schon bei meinen einleitenden Worten dem Sozialen Ausschuß den Dank für seine unermüdliche Tätigkeit im Interesse des Vereins ausgesprochen. Der Hauptteil dieses Dankes aber gebührt dem Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Osterrieth, der eben in so vortrefflicher Weise Bericht erstattet hat. Er ist zwar kein Chemiker, aber er fängt bereits an, einer zu werden. Als Jurist hat er sich derartig in die Denkweise unseres Standes eingearbeitet, daß wir ihm dafür nur von Herzen dankbar sein können. Ich hoffe, daß er weiter in diesem Sinne wirken wird. (Lebhaftes Bravo!)

Nun erlaube ich mir die Anfrage, ob einer der Herren zu diesem Referat noch das Wort wünscht. Das ist nicht der Fall. Dann können wir den Gegenstand verlassen und gehen über zu

b) Neuwahl der ausscheidenden Mitglieder und deren Stellvertreter.

Vors.: „Nach § 5 der Satzungen des Sozialen Ausschusses scheiden infolge der vorgenommenen Auslosung aus: Dr. Karl Goldschmidt, Essen, Dr. A. Jaeger, Neuß, als Mitglieder; L. M. Wohlgemuth, Essen, Dr. G. Schmidt, Schlebusch, als Stellvertreter.

Außerdem scheidet Herr Dr. Scheithauer, der dem Sozialen Ausschuß bis zum Jahre 1912 angehören würde, aus, nachdem er in den Vorstand gewählt worden ist; es ist also auch für Herrn Dr. Scheithauer eine Neuwahl vorzunehmen.

Der Vorstand schlägt Ihnen vor, die Herren Dr. Goldschmidt und Dr. Jaeger sowie Dr. Schmidt (Schlebusch) wiederzuwählen. Herr Wohlgemuth hat eine Wiederwahl abgelehnt mit der Begründung, es sei nicht gut, wenn ein selbständiger Chemiker und ein Angestellter aus derselben Firma dem Ausschuß angehören, was hier der Fall ist, weil Herr Wohlgemuth in der Firma Goldschmidt tätig ist. Infolgedessen müssen wir hier eine Neuwahl vornehmen, und der Vorstand schlägt an Stelle des Herrn Wohlgemuth Herrn Dr. Fritz Heyer (Schlebusch) vor. Es könnte den Anschein haben, als wenn Herr Dr. Schmidt und Herr Dr. Heyer, beide in Schlebusch, derselben Firma angehörten. Das ist aber nicht der Fall. Beide sind zwar Vertreter der Sprengstoffindustrie, aber bei verschiedenen Firmen tätig.

Außerdem schlägt der Vorstand vor, an Stelle des Herrn Dr. Scheithauer Herrn Dr. Diehl (Berlin) zu wählen.

Ich erlaube mir die Anfrage, ob Sie mit diesen Vorschlägen einverstanden sind. (Zustimmung.) Das ist der Fall; dann darf ich wohl die Herren fragen, ob sie die Wahl annehmen.

(Die Gewählten erklären — soweit sie anwesend sind — die Annahme der Wahl; der nicht anwesende Dr. Heyer hat seine Bereitwilligkeit schon früher erklärt.)

Es sind also Herr Dr. Goldschmidt und Herr Dr. Jaeger als Mitglieder, Herr Dr. Schmidt und Herr Dr. Heyer als Stellvertreter gewählt bis Ende des Jahres 1913, ferner Herr Dr. Diehl bis Ende 1912.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.“

13. Antrag des Sozialen Ausschusses.

Vors.: „Herr Dr. Osterrieth hat bereits mitgeteilt, daß der Vorstandsrat beschlossen hat, diesen Antrag von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, damit noch eine reifere und längere Beratung über diesen Gegenstand stattfinden kann. Dringlichkeit liegt nicht vor; der Antrag fußt auf einer Vorlage der Reichsregierung, die zurzeit überhaupt nicht in Behandlung ist; die Reichsregierung muß erst einen neuen Gesetzentwurf einbringen. Sie wird sicherlich, mit Rücksicht auf die bereits gepflogenen Kommissionsverhandlungen, einen veränderten, vielleicht sogar einen wesentlich veränderten Gesetzentwurf vorlegen, und es wird dann noch genügend Zeit sein, daß der Vorstand und der Soziale Ausschuß, sobald dieser Gesetzentwurf erscheint, sich mit der Angelegenheit weiter beschäftigen und entsprechende Schritte tun. Wir verlassen deshalb diesen Gegenstand und kommen zu dem folgenden:

14. Antrag des Vorstandes, das Ehrenwort in Anstellungsverträgen betreffend.

Vors.: „Der Vorstand hat, wie Sie ebenfalls gehört haben, den Anregungen des Sozialen Ausschusses Folge gegeben und einen Antrag wegen des Ehrenworts angenommen, der aber gestern durch den Vorstandsrat eine etwas strengere Fassung erhalten hat. Die neue Fassung liegt Ihnen gedruckt vor, sie lautet:

„Es ist erforderlich, daß in den Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht verlangt wird.“

Ich bitte Herrn Prof. Dr. Osterrieth hierüber Bericht zu erstatten.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Es sind im letzten Jahre Entscheidungen ergangen, darunter auch eine von seiten des Reichsgerichts, in denen ausgesprochen worden ist, daß solche Vertragsbestimmungen, durch welche dem einen Teil ein Rechtsvorteil zugesichert wird, der andere also eine rechtliche Verpflichtung übernimmt und in denen diese rechtliche Verpflichtung durch eine ehrenwörtliche Versicherung verstärkt wird, daß solche Bestimmungen gegen die gute Sitte verstoßen und infolgedessen rechtsunwirksam sind. Das ist eine Tatsache, die natürlich alle solche Arbeitgeber, die aus irgend einem Grunde es für nötig halten, das Ehrenwort in ihre Verträge aufzunehmen, veranlassen muß, genau zu prüfen, ob die Bestimmungen, die sie unter Ehrenwort stellen wollen, in Zukunft als rechtswirksam gelten können oder nicht. Außerdem besteht eine nicht unberechtigte Bewegung in den Kreisen der Angestellten, sie von solchen ehrenwörtlichen Verpflichtungen zu entbinden. Im allgemeinen wird man auf dem Standpunkt stehen können, daß ein anständiger Mensch es als eine Ehrensache ansieht, einen Vertrag nach Treu und Glauben zu halten. Das ist ein Standpunkt, von dem auch im Geschäftsleben allgemein ausgegangen wird; es ist selbstverständlich, daß man nichts tut, was gegen Treu und Glauben verstößt. Es sind nun aber in einzelnen Fällen bedenkliche Nebenwirkungen der Ehrenwortklausel eingetreten. Es ist z. B. erklärt worden, man könne einen jungen

Mann als Reserveoffizier in das Regiment nicht aufnehmen, wenn er nach irgend einer Richtung ehrenwörtlich gebunden sei. Es erscheint daher erforderlich, daß man darnach strebt, daß das Ehrenwort aus den Verträgen verschwinde. Allerdings gibt es kein Zwangsmittel gegenüber den Firmen, die bis jetzt Verträge mit ehrenwörtlicher Verpflichtung abgeschlossen haben. Wir können weiter nichts tun, als den Wunsch aussprechen, daß das Ehrenwort aus den Anstellungsverträgen verschwinde. Aber selbstverständlich stimmen wir dem neuen Vorschlag des Vorstandsrates zu, der also lautet:

„Es ist erforderlich, daß in den Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht verlangt wird.“

Vors.: „Wünscht einer der Herren das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall; ich nehme an, daß Sie ihm einhellig zustimmen.“

15. Antrag des Herrn Dr. Rich. Escales, München.

Vors.: „Ich würde Herrn Dr. Escales das Wort geben zum Referat über seinen Antrag; aber in der Verhandlung im Vorstandsrat ist derselbe gefallen, er besteht nicht mehr. An seine Stelle ist eine neue Resolution des Vorstandsrats getreten. Ich darf daher Herrn Kollegen H e m p e l bitten, im Auftrag des Vorstandsrats hierüber Bericht zu erstatten.“

Geheimrat Dr. H e m p e l: „Der Antrag Escales wird Ihnen bekannt sein; er beschäftigt sich mit einer der wichtigsten Fragen: mit der Frage, wie in Zukunft die angewandte Chemie weiter im Deutschen Reich gefördert werden soll, da wir uns natürlich nicht einbilden können, daß wir für alle Zeiten ein verbrieftes Recht haben, hinsichtlich der angewandten Chemie in der ganzen Welt an der Spitze zu marschieren. Wir sind aber der Meinung gewesen, daß in der Weise, wie der Antrag es gedacht hatte, das Ziel nicht erreicht werden kann. Der Vorstand steht auf dem Standpunkt, daß es vor allen Dingen wünschenswert ist, daß in Zukunft die allgemeine Ausbildung der Chemiker in keiner Weise zurückgeht, und daß nicht an den Technischen Hochschulen und noch weniger an den Universitäten die Spezialausbildung schon auf der Schule angestrebt wird. Deshalb schlägt Ihnen der Vorstandsrat folgendes vor:

Der Antrag Escales ist durch die in Frankfurt aufgestellte und allen Unterrichtsverwaltungen zugesandte Resolution des Vereins deutscher Chemiker erledigt, in der Einrichtungen für den Unterricht in technischer Chemie gefordert werden. Soweit nicht schon für einzelne Industriezweige Spezialinstitute staatlicher oder privater Natur eingerichtet sind, bieten diese in Frankfurt geforderten Einrichtungen von selbst die Möglichkeit, nach Bedarf auch Spezialuntersuchungen auszuführen. Die Errichtung von Fachschulen in Spezialfächern der chemischen Industrie an den Hochschulen ist, weil in Widerspruch mit der vom Verein deutscher Chemiker vertretenen allgemeinen Ausbildung der Chemiker stehend, grundsätzlich zu verwerfen.

Die Errichtung von Spezialforschungsinstituten ist erwünscht, sofern die betreffenden Industriezweige dies für erforderlich erachten und die dazu nötigen Mittel freiwillig aufbringen.

Die Schaffung der notwendigen Einrichtungen.

aber für den dringend erforderlichen Unterricht in technischer Chemie an Universitäten muß, wie aller Hochschulunterricht, aus Staatsmitteln erfolgen.

Vors.: „Wünscht jemand zu dieser Resolution des Vorstandsrates das Wort? Das ist nicht der Fall, dann nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind. Ich stelle das fest.“

16. Antrag des Märkischen Bezirksvereins.

Vors.: „Auch dieser Antrag hat eine andere Form bekommen. Er ist als solcher abgelehnt worden, und der Vorstandsrat hat einen Antrag an die Stelle gesetzt, der auf anderem Wege das, was in dem Antrag des Märkischen Bezirksvereins als berechtigt anerkannt wird, erreichen will. Ich darf Herrn Dir. L ü t y bitten, hierüber als Berichterstatter des Vorstandsrates das Wort zu nehmen.“

Dir. L ü t y: „Der Antrag des Märkischen Bezirksvereins lief im großen ganzen darauf hinaus, einige kleine Unstimmigkeiten, die durch die neuen Satzungen gegeben waren, durch eine Abänderung unserer Satzungen in die richtigen Wege zu leiten. Die Diskussion im Vorstandsrat hat gezeigt, daß die Behebung der kleinen Übelstände, die angeführt wurden, durch eine einfache Abänderung der Geschäftsordnung des Vorstandsrates erfolgen könnte. Da es nun sehr mißlich ist, schon 2 Jahre nach der Annahme einer neuen Satzung diese Satzung wieder abzuändern, und da es außerdem sich von selbst ergeben würde, daß andere, noch nicht durch den Lauf der Zeit geprüfte Bestimmungen der Satzung wahrscheinlich auch zur Veränderung vorgeschlagen würden, so schlägt der Vorstandsrat vor, einen Antrag in dem Sinne zu fassen:

„Der Vorstand wird beauftragt, die Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandsrates in dem Sinne herbeizuführen, daß die Beratung der Initiativanträge der Bezirksvereine in diesen sichergestellt wird.“

Wir bitten, diesem Antrag in der Form, wie ich ihn verlesen habe, Ihre Zustimmung zu geben.“

Dr. Diehl: M. H.! Als Vertreter des Märkischen Bezirksvereins möchte ich Sie auch bitten, diesen Antrag anzunehmen. Wenn auch unser ursprünglicher Antrag abgelehnt worden ist, so haben wir doch gestern gehört, daß eine Reihe unserer Wünsche als berechtigt anerkannt wurde, und haben es freudig begrüßt, daß der Vorstand Mittel und Wege gesucht hat, diesen Wünschen zu entsprechen. Ich möchte deshalb konstatieren, daß wir gern diesem Antrag zustimmen und hoffe, daß Sie ihn einstimmig annehmen.“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Es ist nicht der Fall. Ich frage, ob Sie auch diesem Antrag zustimmen? Es erhebt sich kein Widerspruch, der Antrag ist einstimmig angenommen.“

17. Antrag des Berliner Bezirksvereins.

Vors.: „Auch dieser Antrag hat eine andere Form erhalten. In dem Sinne, wie er eingebracht war, ist er von selbst von dem Vertreter des Berliner Bezirksvereins zurückgezogen worden, und dieser hat sich mit der von dem Vorstandsrat vorgeschlagenen Fassung einverstanden erklärt.

Ich bitte Herrn Dir. L ü t y darüber ebenfalls Bericht zu erstatten.“

Dir. L ü t y: „M. H.! Es ist bekannt, daß seit

dem Jahre 1892 uns ununterbrochen beschäftigt hat die Frage der Gebühren der chemischen Sachverständigen, seien das öffentliche Chemiker, seien es diejenigen Herren, die die technische Wissenschaft bei Patentstreitigkeiten oder sonst in Privatgutachten zu vertreten haben. Wir haben seit 3 Jahren eine Gemeinschaft zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes mit der Deutschen Chemischen Gesellschaft, dem Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands und der Freien Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker geschlossen, und in diesem Verbände haben wir wiederholt Gelegenheit genommen, in die Verhandlungen der Behörden und der gesetzgebenden Körperschaften einzugreifen. Es ist auch im vorigen Jahre, als das preußische Gesetz für die Gebühren der Medizinalbeamten zur Verabschiedung gelangen sollte, in diesem Sinne verfahren worden, und wenn nicht hinter den Kulissen, stark im Gegensatz zu dem Verband, gearbeitet worden wäre, so wäre vielleicht das eine erreicht worden, daß die Chemiker überhaupt aus dem Medizinalbeamtengesetz, unserem Antrage gemäß, entlassen worden wären. Es ist das nicht der Fall gewesen; wir — der Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen sowohl, wie unser Verein — sind aber mit dem Bezirksverein davon überzeugt, daß es absolut notwendig ist, die Frage in ständigem Fluß zu halten, da unsere Kollegen, die gutachtlich tätig sind, zu stark geschädigt werden. Infolgedessen schlägt der Vorstandsrat Ihnen folgenden Beschluß vor:

„Der Vorstand beauftragt die analytische Fachgruppe — es ist das das erstmal, daß eine unserer Fachgruppen wissenschaftlich und, wenn Sie wollen, auch wirtschaftlich tätig sein wird — eine Kommission zu ernennen, die die Frage der Gebührenordnung dauernd bearbeitet und dem Vorstand darüber berichtet. Der Verband soll dafür sorgen, daß über die Beschlüsse dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes berichtet wird.“

Der Ausschuß zur Wahrung der Interessen wird dann diese vorgetragenen Wünsche mit denjenigen, die von den speziellen Fachvereinen vorgebracht werden, bearbeiten und die Beschlüsse in angezeigten Fällen zur Kenntnis der Behörden bringen.“

Prof. Fresenius: „Ich möchte als derzeitiger Vorsitzender der Fachgruppe für analytische Chemie erklären, daß die Fachgruppe für analytische Chemie sich gern dieser Aufgabe unterziehen und es als eine Ehre ansehen wird, im Namen des Vereins diese Arbeit zu tun. Ich habe schon gestern im Vorstandsrat erklärt, daß wir jedenfalls uns dabei nicht beschränken werden und wollen auf die Gebühren, die für rein analytische Tätigkeit in Frage kommen, sondern namentlich auch der Frage unser Augenmerk zuwenden wollen, daß es ein Übel ist, daß Chemiker, die in einem zivilrechtlichen Verfahren ein Gutachten abgeben haben, nach diesem Spezialgesetz für Medizinalbeamte beurteilt werden sollen. Ich hoffe also, daß es uns möglich sein wird, geeignete Vorarbeiten zu liefern. Wir sind ja leider nicht in der Lage, unsererseits die Gesetzgebung zu verändern, soweit es aber möglich ist, sie bei einer Neuregelung zu beeinflussen, oder eine Abschaffung der jetzigen Mißstände anzuregen, werden

wir alles tun, um in kräftiger Weise die Interessen der Chemiker auf diesem Gebiete zu vertreten.“ (Bravo.)

Dr. Bein: „M. H.! Der Antrag des Berliner Bezirksvereins, den ich vertreten hatte, ist sachlich derselbe, den der Vorstandsrat Ihnen unter meiner Zustimmung vorlegt; infolgedessen glaube ich, namens des Bezirksvereins mich mit der geänderten Formulierung einverstanden erklären zu können, und bitte Sie, dem Antrage, den wir gestern im Vorstandsrat einstimmig beschlossen haben, zuzustimmen.“

Herr Dr. Wiegand: „Ich möchte bitten, daß die analytische Fachgruppe sich mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz in Verbindung setzt. Wir können vielleicht recht gut miteinander arbeiten. (Zustimmung.)“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich kann nur sagen, daß es uns sehr freuen wird, und es sicherlich gut ist, wenn die analytische Fachgruppe mit der Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz sich in Verbindung setzt, die uns dann auch juristisch unterstützen kann. Ich nehme an, daß Sie einverstanden sind, diesem Antrag des Vorstandsrates zuzustimmen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Der Antrag ist einstimmig angenommen.“

7. Einzelberichte des Vorstandes.

a) Vereinszeitschrift.

Dir. Lütty als Referent führte im wesentlichen das Gleiche wie in der Sitzung des Vorstandsrates (s. S. 1614) aus.

Vors.: „Auch ich bitte Sie, im Sinne des Herrn Schatzmeisters uns zu helfen. Bedenken Sie, daß der Verein deutscher Ingenieure alljährlich nach Abzug aller Unkosten bare 800 000 M aus den Inseraten seiner Zeitschrift einnimmt und vergleichen Sie damit den winzigen Betrag von 13 000 M, den wir bis jetzt erzielt haben! Da müssen wir entschieden Wandel schaffen. Welch große Zahl anderer Aufgaben könnten wir auf uns nehmen, wenn wir solche Einnahmequellen hätten! Ich hoffe also, wir werden bald in eine bessere Lage kommen. An dem Herrn Schatzmeister fehlt es nicht; er hat seines Amtes so vortrefflich gewaltet, daß ich gern die Gelegenheit benutze, ihm den Dank des gesamten Vereins dafür auszusprechen. Sie glauben gar nicht, wie außerordentlich groß die Arbeit ist, die er persönlich von diesem seinem Ehrenamte hat. Er hat uns ja gestern einen kleinen Einblick in seine Vereinstätigkeit gegeben.“

Deshalb, meine hochverehrten Herren, lassen Sie uns diesem Danke Ausdruck geben, indem wir hoffen, daß unser Herr Schatzmeister recht bald wieder Großvater wird.“ (Heiterkeit; Bravo und Händeklatschen.)

Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre.

Prof. Dr. Rasso: „M. H.! Der Bericht liegt gedruckt vor (vgl. S. 1615), in größerer Ausführlichkeit als in früheren Jahren. Wir haben insbesondere die Statistik noch weiter ausgebaut und eine Tabelle gegeben, in der Sie die Verteilung der einzelnen Gruppen und Untergruppen der Zeitschrift in abso-

luten Zahlen und in Prozentsen erkennen können. Sie werden daraus ersehen, daß wir auf den Wegen, die uns in früheren Anregungen gegeben worden sind, weiter fortschreiten. Ich glaube, es erübrigt sich, diesem Bericht noch weiteres Detail hinzuzufügen. Ich bitte aber, falls Sie Anregungen oder Wünsche haben, sie laut werden zu lassen, damit wir sie nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und Kräfte berücksichtigen können.“

Vors.: „In der gestrigen Sitzung des Vorstandsrates sind eine Reihe von Wünschen geäußert worden; Redaktion und Vorstand werden gern diese Wünsche berücksichtigen; aber vergessen Sie nicht, m. H., daß wir der Redaktion die dringende Pflicht auferlegt haben, in diesem und im nächsten Jahre mit den zur Verfügung gestellten Mitteln auszukommen, damit wir nicht wieder zu einem Defizit gelangen.“

Herr Dr. Jordis wünscht, daß in dem Namensregister bei Verweisungen auch Jahrgänge und Seite angegeben werden möge.

Prof. Dr. Rasso: „Von dem Generalregister habe ich den ersten Bogen in Form eines Fahnenabzuges den Herren vorgelegt. Das Generalregister ist in Zetteln fertig, zum großen Teil schon geordnet und soll im Oktober gedruckt und korrigiert werden.“

Die Anregung des Herrn Kollegen Jordis läßt sich jetzt nicht mehr ausführen.“

b) Bericht der Rechtsankunftsstelle für das Jahr 1909.

Erstattet von Prof. Dr. Osterrieth.

Im Jahre 1909 sind 72 Anfragen bei der Rechtsankunftsstelle eingegangen gegen 76 im Jahre 1908.

Im 1. Vierteljahr des Jahres 1910 sind dagegen schon 26 Anfragen gegenüber 10 im Jahre 1909 eingegangen, so daß für dieses Jahr eine erhebliche Steigerung der Anfragen zu erwarten steht.

Die vorgelegten Fragen betreffen folgende Gebiete:

Konkurrenzklausel: 24 Fälle (1908: 20).

Allgemeine Vertragsauslegung: 18 Fälle (1908: 16).

Auflösung des Dienstvertrages (Kündigung u. Rücktritt): 13 Fälle (1908: 17).

Beratung bei Vertragsabschluß: 7 Fälle (1908: 6).

Schadenersatz wegen eines in der Dienststellung erlittenen Unfalles oder einer durch die dienstliche Tätigkeit verursachten Krankheit: 6 Fälle.

Angestelltenerfindung: 4 Fälle (1908: 11).

Versicherungsvertrag: 3 Fälle.

Außerdem bezogen sich einzelne Anfragen auf folgende Punkte: Arbeitszeit; Gerichtsstand eines Ausländers in Deutschland; Beleidigende Kritik eines Angestellten durch einen Vorgesetzten; Schadenersatz wegen falscher Angabe beim Vertragsabschluß; Gewinnberechnung (1908 Tantiemeanspruch in 5 Fällen); Patentverletzung; Ersatz der Kosten für Wahrnehmung eines Termins während des Urlaubs; Gratifikation; Geheimnisbewahrung (1908 Geheimnisverrat in 4 Fällen); Bedingungen für Anstellung als Handelschemiker.

Im allgemeinen fällt auf, daß die Fragen über die Konkurrenzklausel dauernd im Vordergrund stehen. Im Jahre 1907 bezogen sich hierauf 19 Anfragen, im Jahre 1908 20, im Jahre 1909 24. Dieser

Umstand dürfte darauf hinweisen, daß die Ansichten über die Bedeutung und die Zulässigkeit der Konkurrenzklausele noch wenig geklärt sind und vielfach auseinandergehen. Vielfach begegnet man bei den Angestellten der Auffassung, daß eine Konkurrenzklausele ungültig sei, wenn dem Angestellten für die Dauer der Karenz eine Vergütung nicht bezahlt werde. Dabei werden die Aussichten und Wünsche für die Zukunft mit dem heute noch geltenden Rechtszustand verwechselt. Auch muß darauf hingewiesen werden, daß Konkurrenzklauseln nach geltendem Rechte nur in seltenen Ausnahmefällen als unwirksam erklärt werden, nämlich dann, wenn sie unter Ehrenwort gestellt sind, oder wenn sie nach ihrer zeitlichen, örtlichen und sachlichen Beschränkung das Fortkommen des Angestellten in einer gegen die guten Verkehrssitten verstoßenden Weise beschränken.

Vor allem möchte ich davor warnen, daß jemand, der vor dem Abschluß eines Anstellungsvertrages steht, den Vertrag in der Erwartung unterzeichnet, daß die Konkurrenzklausele unwirksam ist. Eine derartige Reservatio schlägt meist zum Nachteil des betreffenden Angestellten aus. Man sollte meinen, daß eine offene Aussprache mit der anstellenden Firma über die Bedenken gegen eine Konkurrenzklausele möglich sein müßte, ohne das Zustandekommen des Vertrages von vornherein zu gefährden. Auch auf seiten der Arbeitgeber wäre zu wünschen, daß die Konkurrenzklausele nicht lediglich aus Verträgen anderer Betriebe mechanisch übernommen wird, sondern daß die Karenzverpflichtung nur so weit gefordert wird, als es dem dringenden eigenen geschäftlichen Interesse entspricht. Dabei dürfte in der Regel das Interesse an der Geheimnisbewahrung ausschlaggebend sein. Zuzugeben ist nach meinen Erfahrungen, daß die Konkurrenzklausele in vielen Fällen nicht entbehrt werden kann, solange die Dienstherren kein wirksames Mittel haben, sich gegen den Geheimnisverrat der bei ihnen austretenden Angestellten zu schützen. Doch habe ich den Eindruck, daß vielfach eine Einhaltung der formal gültigen Konkurrenzklausele auch in solchen Fällen gefordert wird, in denen die Gefahr einer schädigenden Geheimnisverwertung seitens des Angestellten ausgeschlossen oder sehr gering ist. Es dürfte zu erwägen sein, daß jede Überspannung der Karenzaufgabe bei den Gerichten, namentlich aber auch bei einer bevorstehenden gesetzlichen Regelung zum Nachteil der Unternehmer ausfallen kann. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts die Verstärkung einer Konkurrenzklausele durch Ehrenwort die Wirksamkeit der ganzen Klausel in Frage stellt.

In der Gruppe „Allgemeine Vertragsauslegung“ sind die verschiedensten Fragen behandelt, die sich überhaupt nicht rubrizieren lassen. Soweit Fragen von allgemeiner Bedeutung in Betracht kommen, sind sie in den anderen Gruppen aufgeführt. Die häufigen Anfragen über die Auslegung des Vertrages weisen darauf hin, wie wünschenswert es ist, klare und vollständige Verträge abzufassen. Durch die von dem Socialen Ausschuß angestrebte Aufstellung eines Normalvertrages wird jedenfalls in mancher Beziehung eine Besserung geschaffen werden können. Doch ist andererseits nicht zu vergessen, daß die in Betracht kommenden Verhältnisse vielfach so

geartet sind, daß sie sich nicht in einem Vertragschema unterbringen lassen.

Bemerkenswert ist der Rückgang des Interesses an der Frage der Angestelltenerfindung. Ob dies darauf zurückzuführen ist, daß das praktische Interesse geringer geworden ist, oder daß Zweifel an der Rechtslage seltener werden, muß ich dahingestellt sein lassen.

In 68 Fällen ist die Beantwortung schriftlich erfolgt, in 4 Fällen hat eine mündliche Beratung stattgefunden.

Auf die schriftlichen Beratungen sind in 16 Fällen Bestätigungsschreiben eingegangen; aus mehreren dieser Schreiben geht hervor, daß der die Anfrage veranlassende Konflikt durch Befolgung des gegebenen Rates gütlich beigelegt wurde. In einer Reihe von anderen Fällen erfolgte die Beratung aus Anlaß oder während eines schwebenden Prozesses. Es ist klar, daß in vielen Fällen die Natur der Anfrage eine Rückäußerung seitens des Anfragenden ausschließt. Doch muß stets die Bitte wiederholt werden, daß die Herren Fragesteller sich, soweit es möglich ist, über die Erledigung der die Frage verursachenden Angelegenheit äußern, da allein hierdurch mit der Zeit ein Überblick über die praktischen Ergebnisse der Tätigkeit der Rechtsauskunftsstelle gewonnen werden kann.

In den ersten drei Jahren sind ausweislich der vorliegenden Berichte genau 200 Anfragen beantwortet worden. An der Hand dieses und des in den nächsten Jahren zu erwartenden Materials wird jedenfalls die Abfassung eines knappen Handbuchs des Angestelltenrechts möglich sein. Wie ich im vorigen Jahre schon ausgesprochen habe, halte ich es für richtig, mit einer derartigen Veröffentlichung zu warten, bis die im Gang befindlichen gesetzlichen Arbeiten über die Regelung der Konkurrenzklausele und der Angestelltenerfindung abgeschlossen sind. Dann wird allerdings eine Übersicht über die Rechtsgrundsätze, welche für die Regelung der Verhältnisse zwischen Angestellten und Dienstherren in Betracht kommen, von Nutzen sein können.

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort?“

Wenn das nicht der Fall ist, so darf ich mir wohl gestatten, noch einige Worte zu sagen. Wir streben ja dahin, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Konkurrenzklausele geändert werden. Daß das ganz in unserem Sinne geschieht, ist nicht wahrscheinlich. Bei der mechanischen Industrie liegen die Verhältnisse wesentlich anders als bei uns, und es ist zu erwarten, daß die Reichsregierung den Wünschen der mechanischen Industrie mehr Rechnung trägt, als denen der chemischen, weil die Wünsche der chemischen Industrie weit über das hinausgehen, was die mechanische gewähren kann. Es ist also nicht zu erwarten, daß unsere Wünsche, wie wir sie in Frankfurt ausgesprochen haben, nach jeder Richtung hin verwirklicht werden. Aber das eine möchte ich hier betonen. Wenn zwei große Vereine, wie der Verein deutscher Chemiker und der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in Übereinstimmung miteinander Beschlüsse fassen und diese einstimmig fassen, so ist es meiner Ansicht nach Ehrenpflicht der sämtlichen Mitglieder, daß sie diesen Beschlüssen folgen. Diese Ehrenpflicht sollte vor allem darin bestehen, und wir wollen sie überall fordern und

verlangen, daß die Karenz voll und ganz bezahlt wird. Das ist es, was wir in erster Linie wollen. Ich möchte Sie deshalb alle bitten, ob selbständige Chemiker oder Angestellte, helfen Sie alle mit, daß diese Beschlüsse zur Durchführung kommen, dann erreichen wir viel mehr als auf gesetzgeberischem Wege. (Vielseitiges, lebhaftes Bravo!)

c) Stellenvermittlung.

Prof. R a s s o w: „Unser Bericht lautet:

Die Abteilung für Stellenvermittlung wurde im Jahre 1909 von Stellengebern etwa ebenso stark in Anspruch genommen wie 1908, von Stellensuchern um 22% stärker als im Vorjahre.

Ausgeschrieben wurden 82 Stellen (1908: 84, 1907: 77, 1906: 56), und zwar 62 von Mitgliedern des Vereins, 20 von Nichtmitgliedern. Aus dem vorigen Jahre wurden 12 Stellen (9 + 3) übernommen; der Zugang im Jahre 1909 betrug 70 (53 + 17).

Von der Gesamtsumme der im Jahre 1909 ausgeschrieben Stellen wurden im Laufe des Berichtsjahres 69 (52 + 17) erledigt. Davon hatten die Stellengeber 66 (51 + 15) als besetzt gemeldet; 3 (1 + 2) mußten auf Grund von § 10 gestrichen werden; 13 (10 + 3) blieben unbesetzt.

Zur Erlangung einer Stelle bedienten sich im Jahre 1909 209 Fachgenossen der Stellenvermittlung. 1908 waren es 172; 1907: 133. 157 von jenen 209 Stellensuchern gehörten dem Verein an; 52 standen außerhalb des Vereins.

Aus dem Vorjahre waren 79 (54 + 25) Bewerber übernommen; dazu traten im Laufe des Jahres 1909: 130 (103 + 27), so daß sich insgesamt die Summe von 209 Bewerbern ergab.

Von diesen 209 fanden im Jahre 1909 80 (62 + 18) Stellung, 57 (41 + 16) wurden auf Grund von § 7 der Geschäftsordnung gestrichen. 10 (10 + 0) Bewerbungen wurden erneuert. Somit kamen insgesamt 147 (113 + 34) Bewerbungen zur Erledigung, und es blieb am 31./12. 1909 ein Bestand von 62 (44 + 18); darunter 19 Ausländer (10 Österr.-Ungarn, 4 Schweizer, 4 Russen, 1 Amerikaner); 17 waren Immaturi; 11 waren ohne Abschlußexamen, 11 Diplomingenieure, 40 Dr. phil. oder Dr. ing.

Erfreulich ist die starke Zunahme erfolgreicher Bewerbungen: 1909 kamen auf 209 Bewerber 80 mit Erfolg (38%); 1908 war das Verhältnis nur 44 : 172 (26%). Dabei hat sich die Zahl der angebotenen Stellen noch ein wenig vermindert: 82 gegen 84.

Neben der Bewerbung mittels der vom Verein gelieferten Formulare ging eine eifrige Bewerbung mittels geschlossener Bewerbungsschreiben einher; es wurden im Jahre 1909 505 (1908: 526, 1907: 411) solcher Schreiben registriert und umgehend an die Adressaten befördert (§ 8 der Geschäftsordnung).

Die folgenden Tabellen geben eine zusammenfassende Übersicht über die Stellenvermittlung im Jahre 1909. Die in Klammern gesetzten Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1908.

Die neue Geschäftsordnung der Stellenvermittlung hat sich durchaus bewährt.

a. Stellengeber.

	Bestand am 1./1. 1909	Zugang 1909	Zusammen	Erledigt	Besetzt	Gestrichen	Erneuert	Bestand am 31./12. 1909
Mitglieder	9 (9)	53 (63)	62 (72)	52 (63)	51 (48)	1 (15)	—	10 (9)
Nichtmitglieder	3 (2)	17 (10)	20 (12)	17 (9)	15 (5)	2 (4)	—	3 (3)
	12 (11)	70 (73)	82 (84)	69 (72)	66 (53)	3 (19)	—	13 (12)

b. Stellensucher.

	Bestand am 1./1. 1909	Zugang 1909	Zusammen	Erledigt	Stellung gefunden	Gestrichen	Erneuert	Bestand am 31./12. 1909
Mitglieder	54 (20)	103 (105)	157 (125)	113 (71)	62 (32)	41 (26)	10 (13)	44 (54)
Nichtmitglieder	25 (9)	27 (38)	52 (47)	34 (22)	18 (12)	16 (10)	—	18 (25)
	79 (29)	130 (143)	209 (172)	147 (93)	80 (44)	57 (36)	10 (13)	62 (79)

c. Stellensucher, Bestand am 31./12. 1909.

Gesamtzahl	Ausländer	Immaturi	Ohne Abschluß- examen	Dipl. Ing.	Mit Dr.-Examen
62 (79)	19 (4)	17 (17)	11 (17)	11 (15)	40 (47)

Bericht und Tabellen lassen ersehen, ein wie wichtiger Faktor im Vereinsleben die Stellenvermittlung ist.

Erneut richten wir an diejenigen Mitglieder unseres Vereins, die Stellen zu vergeben haben, die dringende Bitte, in jedem Falle sich der Stellenvermittlung des Vereins zu bedienen. Das kostet nichts als einen einfachen Brief, und wenn die Geschäftsstelle auch in manchen Fällen in ihren Akten

keinen für die betreffende Stelle geeigneten Bewerber hat, so zeigt doch die große Zahl der von uns vermittelten geschlossenen Bewerbungsschreiben, wie eifrig die Rubrik „offene Stellen“ in unserer Zeitschrift von den Lesern studiert wird, und welch reiches Angebot auf jede bei uns ausgeschriebene Stelle erfolgt.

Wir bitten die jüngeren Herren und gerade auch Anfänger in der Praxis, sich unserer Stellenvermittlung

lung zu bedienen, denn es sind gar nicht selten Stellen für Anfänger vorhanden, für die wir kein Material haben, während die Stellengeber verwundert fragen, warum bekommen wir keinen Fragebogen eines Anfängers zugesandt.

Der Herr Vorsitzende hat schon darauf hingewiesen, daß wir versuchen wollen, in den Kreisen der jüngeren Chemiker, besonders wenn sie frisch promoviert oder diplomiert sind, die Werbung energischer zu betreiben. Ich bin sicher, daß neben der Rechtsankunftsstelle gerade die Stellenvermittlung das Motiv sein wird, das die jüngeren Herren dem Verein zuführt."

d) Statistik der Chemiker und Chemiestudierenden für das Jahr 1909.

Prof. Dr. Rassow erstattet folgenden Bericht:

„A. Chemiker, die bei Firmen der chemischen Industrie angestellt sind.

Ende 1908 haben wir die Fragebogen für die chemische Industrie in etwas veränderter Form zur Versendung gebracht, so zwar, daß auf einem Bogen die Statistik für ein volles Jahrzehnt enthalten ist, so daß die Firmen, die uns liebenswürdiger Weise die Zahl und die Veränderung des Standes ihrer Chemiker mitteilen, bei Übersendung des Bogens sofort vor Augen haben, in welcher Weise sie im vergangenen Jahre die Statistik ausgefüllt haben. Hierdurch und durch den Umstand, daß wir den Firmen zwei Bogen übersendet haben, von denen der eine bei den Akten der Firma bleibt, sind sie in der Lage, die Statistik des laufenden Jahres mit sehr viel geringerer Mühe auszuführen als früher. Andererseits hat die Geschäftsstelle den Vorteil, die statistischen Zahlen von den wichtigsten Firmen der chemischen Industrie übersichtlich und vergleichbar vor sich zu haben.

Da wir Ende 1909 im wesentlichen nur an die Firmen Fragebogen verschickt haben, die uns in den früheren Jahren bereits geantwortet haben, so ist die Zahl der versandten Fragebogen eine geringere gewesen als in den Vorjahren. Andererseits hat aber die Zahl der positiv antwortenden Firmen nicht erheblich abgenommen; es sind nur einige Ausfälle dadurch entstanden, daß Firmen erloschen sind, keine Chemiker mehr beschäftigen oder mit anderen Firmen fusionierten.

Es haben uns positiv geantwortet:

Für 1907: 344 Firmen mit 2028 Chemikern und 289 Chemotechnikern.

Für 1908: 394 Firmen mit 2331 Chemikern und 239 Chemotechnikern.

Für 1909: 371 Firmen mit 2371 Chemikern und 235 Chemotechnikern.

Die 371 Firmen, welche uns den Fragebogen für 1909 ausgefüllt haben, hatten auch bereits im Jahre 1908 positiv geantwortet.

Diese 371 Firmen beschäftigen:

1908: 2297 Chemiker und 228 Chemotechniker,

1909: 2371 Chemiker und 235 Chemotechniker.

Es hat demnach die Zahl der Chemiker bei diesen Firmen um 3,2% und die der Chemotechniker um 3,1% zugenommen, während im Vorjahre (1908) die Zahl der Angestellten, welche bei den 360 Firmen beschäftigt waren, die auch für 1907 unsere Fragebogen beantwortet hatten, sich um 3,8% für

die Chemiker und um 7,8% für die Chemotechniker steigerte.

Bei den Firmen der chemischen und verwandten Industrien, die unsere Rundfragen beantworteten, ist somit in den beiden Jahren 1908 und 1909 die Zahl der angestellten Chemiker in stetigem Anwachsen geblieben, obgleich man der wirtschaftlichen Depression dieser Jahre halber eher eine Abnahme hätte erwarten können. Auch der seit 1907 bestehende Zusammenschluß der großen chemischen Firmen hat nicht, wie von mancher Seite gefürchtet wurde, eine Abnahme der Zahl der angestellten Chemiker gezeitigt.

Im einzelnen stellen sich die Veränderungen innerhalb der Zahl der angestellten Chemiker und Chemotechniker jener 371 Firmen wie folgt dar:

Abgang im Laufe des Jahres 1909 (1908):

	Chemiker	Chemotechniker
Es sind gestorben.	16 (17)	3 (1)
Es wurden pensioniert. . . .	8 (4)	2 (2)
Es hatten Karenz.	8 (12)	0 (1)
Es gingen in andere Stellung	144 (199)	17 (19)
Insgesamt Abgang	176 (232)	22 (23)

Zugang im Laufe des Jahres 1909 (1908):

Direkt von Hochschulen usw.

kamen	138 (145)	14 (7)
Davon ohne Abschlußexamen	9 (7)	3 (0)
mit Doktorexamen	104 (103)	0 (0)
mit Diplomexamen	29 (42)	0 (0)
gewesene Assistenten . . .	48 (57)	4 (2)
Es kamen aus anderen Stellgn.	112 (132)	15 (20)
Insgesamt Zugang	250 (277)	29 (27)

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die angestellten Chemiker im Jahre 1909 weniger ihre Stellung gewechselt haben als im Vorjahre.

B. Chemiestudierende.

Die Umfrage nach der Zahl der Chemiestudierenden wurde für das Studienjahr 1909/10 wiederum an sämtliche chemische Laboratorien der Universitäten und technischen Hochschulen gerichtet. Von der Mehrzahl der Laboratoriumsvorstände haben wir die Fragebogen ausgefüllt bekommen, wobei an einigen technischen Hochschulen die sehr empfehlenswerte Maßregel getroffen wurde, daß von einem der Laboratoriumsvorsteher die Statistik für die ganze Zahl der Chemiestudierenden an der betreffenden Hochschule bearbeitet worden ist. Von einigen wenigen Laboratorien ist trotz mehrfacher Bitte die Antwort ausgeblieben, wir sahen uns daher genötigt, um einigermaßen vergleichbare Zahlen zu bekommen, an Stelle der neuen Zahlen die des Vorjahres einzusetzen. Der dadurch bewirkte Fehler fällt bei der großen Zahl Chemiestudierender, um die es sich handelt, nicht erheblich ins Gewicht. Wir haben ferner mehrfach an uns ergangenen Anregungen entsprechend die Statistik für das abgelaufene Studienjahr geteilt und die Fragebogen für Sommersemester 1909 und Wintersemester 1909/10 besonders eingerichtet. Da die Statistik in den einzelnen Laboratorien an Hand der Belegbogen bearbeitet werden muß, waren wir mit den Herren, welche uns diese Abänderung vorgeschlagen haben, der Meinung, daß dadurch eine

Vereinfachung der Arbeit erzielt wird. Es sind uns aber dann verschiedene Klagen von Laboratoriumsvorständen kund geworden, die dahin gingen, unsere Statistik wäre zu kompliziert und mache den Vorstehern und ihren Assistenten schwere Arbeit. Wir werden deshalb unsere Fragebogen im laufenden Jahre nochmals darauf durchsehen, ob wir Vereinfachungen vornehmen können, ohne den Zweck der Umfrage zu schädigen, richten aber andererseits die dringende Bitte an die Vorsteher der akademischen Laboratorien, die Rundfrage, welche für den Stand der Chemiker von großer Bedeutung ist, trotz der damit verbundenen Mühe regelmäßig und pünktlich zu beantworten.

Wir haben in den Fragebogen des letzten Jahres die „Examenskandidaten“ der alten Rubrik ID, die fast durchweg unter die Rubrik I C, (Studierende mit absolviertem Diplomprüfung oder Verbands-examen) fielen, in diese Rubrik mit eingeordnet. Wir haben ferner eine neue Rubrik I E eingefügt, in welcher die fortgeschrittenen Studenten oder Hörer (mit oder ohne propädeutische Prüfung), die auf keine Abschlußprüfung hinarbeiten, gezählt wurden, eine Rubrik, die sich dann unter II F wiederfindet. Wir haben das getan, weil uns bewiesen wurde, daß eine nicht unbeträchtliche Zahl von Chemikern (besonders Ausländern) sich in unserer früheren Statistik nicht unterbringen ließe.

Die Ergebnisse unserer Umfrage sind in der untenstehenden Tabelle zusammengestellt.

Aus dieser Übersicht läßt sich folgendes erkennen:

Der Zugang zum Studium der Chemie hat sich im Jahre 1909 etwa in der gleichen Höhe wie in den früheren Jahren gehalten. Dagegen war die Gesamtsumme der Chemiestudierenden im Sommersemester 1909 merklich geringer als in dem Vorjahre, sie ist aber im Wintersemester 1909/10 wieder etwas gestiegen.

Trennt man die Inländer von den Ausländern, so fällt die Abnahme der deutschen Chemiestudierenden stark ins Auge, während die Ausländer nicht unbeträchtlich zugenommen haben.

Der Abgang ohne Verbandszeugnis hielt sich in der Mitte zwischen den beiden Vorjahren. Der Abgang mit Diplomvorprüfung oder vollständigem Verbandszeugnis hat sich erfreulicherweise weiter vermindert. Die Zahl der Chemiker, die mit Diplomexamen abgegangen sind, ist die gleiche geblieben wie im Vorjahre, während die der Doktoren andauernd stieg.

Die Zahl der Chemiker, von denen bekannt geworden ist, daß sie eine Stellung in der Technik gefunden haben, hat sich etwas vermehrt; wir möchten aber auf diese Zahl keinen besonderen Wert legen, da es für die Laboratoriumsvorsteher

	Wintersemester 1907/08	Wintersemester 1908/09			Sommersemester 1909			Wintersemester 1909/10			Wintersemester 1909/10 u. Sommersemester 1909 zusammen		
	Zusammen	Inländer	Ausländer	Zusammen	Inländer	Ausländer	Zusammen	Inländer	Ausländer	Zusammen	Inländer	Ausländer	Zusammen
I. Zahl der im Labor. arbeit. Chemiker . . .	3036	2799	232	3031	2182	522	2704	2231	528	2759	—	—	—
A. Studenten im I. Labor.-Semester . . .	377	351	21	372	327	25	352	344	58	402	671	83	754
B. Studenten (vom II. Semester ab), die auf Diplomvorprüfung oder Verbandsprüfung hinarbeiten . . .	1107	1062	69	1131	855	197	1052	860	191	1051	—	—	—
C. Studenten mit Diplomvorprüfg. oder vollst. Verbandszeugnis, also Kandidaten für													
a) die Diplomprüfung	196	184	12	196	176	89	265	158	73	231	—	—	—
b) das Dr.- oder Dr.-ing.-Examen . . .	414	443	52	495	532	122	654	454	128	582	—	—	—
Von den unter B u. C aufgeführten kamen im Laufe des Sem. von anderen Instituten oder Hochschulen	—	—	—	—	132	29	161	126	54	180	—	—	—
D. Studenten mit absolviert. Abschlußprüfg.													
a) diplomierte	—	—	—	—	34	14	48	42	22	64	—	—	—
b) promovierte mit Dr. phil. oder Dr.-ing. davon waren Assistenten	348 202	324 172	27 —	351 172	219 128	34 12	253 140	232 137	25 9	257 146	—	—	—
E. Fortgeschrittene Studenten oder Hörer (mit oder ohne propädeut. Vorprüfung), die auf keine Abschlußprüfung hinarbeiten . . .	—	—	—	—	46	41	87	43	31	74	—	—	—
Im ganzen Jahr													
	1907	1908			1909								
II. Das Laboratorium verließen	1190	982	82	1064	464	114	578	425	101	526	889	215	1104
Davon													
A. Jüngere Studenten ohne propäd. Zeugnis . . .	363	290	31	321	148	25	173	154	21	175	302	45	348
B. Studenten mit Diplomvorprüfung oder vollst. Verbandszeugnis	314	257	20	277	107	28	135	85	34	119	192	62	254
C. Studenten mit Diplomprüfung	135	51	6	57	17	13	30	19	8	27	36	21	57
D. Studenten mit Dr.- oder Dr.-ing.-Examen . . .	230	242	27	269	107	27	134	125	26	151	232	53	285
E. Assistenten	73	74	2	76	44	6	50	38	2	40	82	8	90
F. Fortgeschrittene Studenten oder Hörer, wie oben unter I E	—	—	—	—	32	15	47	3	11	14	35	26	61
III. Es ist bekannt, daß sie Stellung in der Technik fanden	180	—	—	174	—	—	95	—	—	97	—	—	192
IV. Es beabsichtigen, sich dem akademischen Berufe zu widmen	27	—	—	54	—	—	36	—	—	32	—	—	—

vielfach unmöglich ist, festzustellen, ob die Herren, welche die Studien in dem betreffenden Laboratorium beendet haben, Anstellung in der Technik gefunden haben. Unsere Statistik wird daher nur die Chemiker betreffen, welche im unmittelbaren Anschluß an ihr Studium in die Technik eintraten.

Der Zudrang zur akademischen Laufbahn hat sich gegen das Vorjahr etwas vermindert.

Prof. Dr. R a s s o w: „Wir sind durch recht lebhaftes Klagen über die Schwierigkeit unserer Statistik eines besseren belehrt worden und wollen uns bemühen, die Rubrik und die ganze Statistik noch in diesem Jahre zu vereinfachen, natürlich nur in solcher Weise, daß die Zahlen, die wir aus früheren Jahren haben, damit vergleichbar bleiben, und daß wir auf diese Weise erfahren, was wir wissen wollen, das ist:

1. Nimmt das Studium der Chemie zu, und zwar verteilt auf deutsche und fremdsprachige Studierende.

2. Wie groß ist die Zahl der Studierenden, die noch vor dem Verbandsexamen in die Technik übergehen und da den eigentlichen Chemikern eine unliebsame Konkurrenz machen.

3. Wie groß ist die Zahl der Chemiker, die bloß mit dem Diplomvorexamen oder dem Verbandsexamen in die Technik gehen, endlich

4. Wie groß ist der Übergang der fertig ausgebildeten Chemiker in die Technik sowohl wie in die wissenschaftliche Laufbahn.

Die Statistik über den Übergang in die Technik wird niemals vollständig sein können, weil von vielen der jungen Doktoren oder Diplomingenieuren nicht bekannt wird, ob und wo sie in der Technik Stellung gefunden haben. Immerhin sind auch die Zahlen, wie Sie aus dem Vergleich erkennen werden, nicht ganz ohne Interesse.“

Vors.: „Ich danke Herrn Prof. R a s s o w und frage, ob einer der Herren das Wort hierzu wünscht? Es ist nicht der Fall, dann kommen wir zu:

e) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker und Chemikeralmanach.

Prof. Dr. R a s s o w: „Unser Verzeichnis der deutschen Chemiker ist im Jahr 1909 nicht sehr häufig in Anspruch genommen worden. In einigen Fällen war es uns möglich, den Fragestellern Adressen nachzuweisen, die sich in keinem der verbreiteten Vereinsverzeichnisse befinden. In neuerer Zeit bekommt unser Adressenverzeichnis dadurch eine wichtige Ergänzung, daß wir die Adressen der Chemiker, welche Patente entnehmen, nach Angaben, die sich bei den Patentanmeldungen finden, in das Verzeichnis einfügen.“

Auf der Hauptversammlung 1909 bekam die Geschäftsstelle den Auftrag, durch eine Rundfrage festzustellen, ob ein Almanach der deutschen Chemiker nach Art des in Frankfurt a. M. vorgelegten Probedrucks hergestellt werden könnte, ohne die Vereinskasse finanziell zu belasten. Die Rundfrage, die wir durch Heft 52 bewerkstelligten, hat aber nur 170 feste Bestellungen für einen Chemikeralmanach ergeben. Bei einem so geringen Absatz würde der Verein ein zu großes Risiko laufen; wir müssen daher den Plan, der in

manchen Kreisen lebhaften Beifall gefunden hat, bis auf weiteres zurückstellen.

Vors.: „Ich schlage vor, daß wir in zwei Jahren noch einmal eine Rundfrage erlassen, um den Almanach doch noch durchzuführen.“

f) Vermittlungsstelle für Vorträge.

Prof. Dr. R a s s o w: „Gemäß der Geschäftsordnung ist die Liste der bei der Vermittlungsstelle angemeldeten Vorträge an die Abteilungen des Vereins zur Versendung gekommen. Direkte Mitteilungen darüber, daß Herren, welche sich der Vermittlungsstelle bedient haben, auf Grund unserer Listen zu Vorträgen aufgefordert worden sind, haben wir nicht erhalten. Wohl aber konnten wir aus den Sitzungsberichten der Bezirksvereine schließen, daß eine Anzahl von Vorträgen durch unsere Listen vermittelt worden sind. Es scheint aber, als ob in Zukunft von den Listen noch eifriger Gebrauch gemacht werden könnte, als es bisher der Fall war. Wir bitten auch die Mitglieder unseres Vereins, uns die Adressen von Vereinen, welche regelmäßig Vortragsreihen veranstalten, mitzuteilen, damit wir ihnen unsere Listen senden und dadurch für die Verbreitung chemischen und chemisch-technischen Wissens in weiteren Kreisen sorgen können.“

Vors.: „Wünscht einer der Herren das Wort hierzu? Wenn es nicht der Fall ist, so möchte ich ergänzend bemerken, daß selbstverständlich die Vortragslisten allen den Mitgliedern des Vereins zugehen, die sich dafür interessieren. Sie wollen sich dann nur an die Geschäftsstelle wenden.“

g) Das Studium der Ausländer an den deutschen Hochschulen.

Ref.: Dr. K. G o l d s c h m i d t.

Die Frage des Studiums der Ausländer an den deutschen Universitäten steht seit dem Jahre 1904 ununterbrochen auf der Tagesordnung. Meiner Anregung, einige Jahre die Besprechung auszusetzen, weil es nicht möglich ist, alljährlich Neues zu diesem Thema zu sagen, haben Sie nicht Folge gegeben. Sie haben es sich daher selber zuzuschreiben, wenn Sie alljährlich so ziemlich dasselbe hören müssen.

Im allgemeinen muß ich leider feststellen, daß die Zahl der ausländischen Studierenden im Berichtsjahre 1909/10 wieder gestiegen ist. Der Besuch namentlich der deutschen Universitäten durch ausländische Studierende hat eine Zahl erreicht, wie nie zuvor, er hat sogar die Höchstzahl des Wintersemesters 1906/07 überholt. Aber auch auf den technischen Hochschulen hat sich das Verhältnis der ausländischen Studierenden zu den deutschen Studierenden in ungünstigem Sinne für letztere verschoben.

Nachdem im Sommerhalbjahr 1908 die Zahl der Ausländer an den deutschen Universitäten etwas zurückgegangen war, nämlich auf 3594, und im Wintersemester 1908/09 wieder auf 4072 gestiegen war, ist schon in dem sonst schwächer besuchten Sommerhalbjahr (1909) eine ganz beträchtliche Zunahme gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen: die Zahl der Ausländer betrug im Sommerhalbjahr 1909 3921 (= 7,5%). Diese Zunahme rührt hauptsächlich daher, daß das Sommersemester 1909 das erste Semester war, in dem aus-

ländische Damen allgemein die Möglichkeit der Immatrikulation hatten. Die Zunahme im Besuch der Ausländer entfällt zum größeren Teil (nämlich 205) auf Rußland, welches im ganzen 1578 Studierende = 40,25% aller Ausländer (im Vorjahre 1373 = 38%) an die deutschen Universitäten entsandte. Berlin hatte im Vorjahre die absolut größte Ausländerzahl, nämlich 1021 = 14,1% aller Studierenden, dann folgt Leipzig mit 567 = 12,3%, Heidelberg mit 230 = 10,5%, Königsberg mit 10,1%, München mit 9,6%, Halle mit 9,4%, Jena mit 7,6% und Göttingen mit 7%. Die wenigsten Ausländer hatten, wie im Jahre 1908, Kiel mit 2%, Tübingen mit 1,7% und Münster mit 0,7%.

Im Wintersemester 1909/10 stieg die Zahl der Ausländer noch weiter, nämlich auf 4409 und erreichte hiermit, absolut gerechnet, eine früher nie erzielte Höhe (1906/07: 4150), während relativ, d. h. im Verhältnis zur Gesamtzahl der Studierenden die Zahl mit 8,4% hinter dem Winterhalbjahr 1906 bis 1907 mit 9,2% zurückbleibt. Auch im Wintersemester ist der Zufluß zum größten Teil auf russische Staatsangehörige zurückzuführen. Hinsichtlich des Ausländerbesuches steht auch im Wintersemester an erster Stelle Berlin mit 14,1%, dann folgen Leipzig mit 12,9%, Königsberg mit 12,1%, München mit 11,4%, Heidelberg, das vor 3 Jahren mit 16,1% an der ersten Stelle stand, mit 10,9% und Jena mit 7,8%. Die geringste Zahl von Ausländern haben die Universitäten Tübingen mit 1,4%, sowie Greifswald und Münster mit je 0,6%, Heidelberg ist somit von der dritten Stelle, die es noch im Sommersemester 1909 einnahm, auf die fünfte Stelle gerückt, während Königsberg und München eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen haben.

Über den Besuch der technischen Hochschulen, der Bergakademien und der landwirtschaftlichen Hochschulen gibt Ihnen folgende Tabelle Auskunft:

	Sommersemester			Wintersemester		
	St.	Ausl.	Russ.	St.	Ausl.	Russ.
Hochsch. Berlin . . .	1991	315	58	2120	392	61
„ Hannover . . .	861	38	6	879	46	6
„ Aachen . . .	573	84	10	571	87	7
„ Danzig . . .	647	24	16	647	27	17
„ München . . .	2221	568	212	2353	664	213
„ Stuttgart . . .	703	36	3	874	45	2
„ Dresden . . .	883	218	105	892	223	95
„ Braunschw. . .	436	71	60	427	63	51
„ Darmstadt . . .	1109	274	199	1245	420	324
„ Karlsruhe . . .	1165	443	278	1220	500	298
Landw. Hochschule						
Berlin	688	78	28	912	109	32
Bergakad. Berlin . .	126	25	10	153	32	11
Landw. Akademie						
Bonn-Poppelsdorf .	548	32	14	—	—	—
Bergakad. Clausthal .	—	17	6	86	11	6
Bergakad. Freiberg .	—	—	—	400	223	124

Die Veränderungen, die die Statistik der Ausländer an deutschen Hochschulen zeigt, bewegen sich nur in verhältnismäßig geringen Grenzen. Es ist daher wohl angebracht, einmal einen Rückblick zu werfen auf die Entwicklung, welche die Angelegenheit seit dem Jahre 1904 genommen hat.

Ich möchte zunächst die Ausführungen wiederholen, mit denen ich im Jahre 1904 meinen Vor-

trag über die ausländischen Studenten an den technischen Hochschulen geschlossen habe:

„Ich möchte nur vor einem Mißverständnis mich und meine Genossen in dem Bezirksverein Rheinland-Westfalen bewahren, als hätten wir irgendwelche Feindschaft gegen die Ausländer, als wollten wir sie von den deutschen Hochschulen fernhalten. Das ist keineswegs der Fall. Wir erkennen vollkommen an, daß aller Fortschritt in der Kultur beruht auf dem geistigen Austausch der Völker untereinander. Ebenso wie Deutschland alle Jahre seine jungen Leute hinauschiekt, wie die Künstler nach Frankreich, Italien, Spanien gehen, um dort zu studieren, die jungen Kaufleute alljährlich in Scharen hinüberziehen nach England, um dort die Beziehungen und die Organisation des Weltverkehrs und die englische Sprache zu erlernen, alljährlich unsere Ingenieure und Chemiker aus den Vereinigten Staaten heimkehren, dankerfüllt für die lebenswürdige Aufnahme, die sie bei den dortigen Ingenieuren gefunden haben, wie wir selbst von unseren nordischen Vettern befruchtet werden durch ihre literarische Tätigkeit, so wollen auch wir den Ausländern geben, was wir können; ich halte das für eine hohe, schöne Pflicht. Wir meinen aber, daß wir auch dabei Ordnung schaffen sollen und diejenigen ausschließen, die nicht hergehören, daß wir nur die aufnehmen sollten, die genügend vorgebildet sind, und die herkommen mit dem guten Willen, deutsche Arbeit und deutsches Wesen kennen zu lernen.“

Nun gibt die Statistik, an Hand deren wir die Frage der Ausländer zu betrachten pflegen, uns keine Antwort auf die Frage, wie weit die Studenten, die zu uns kommen, diesen guten Willen besitzen. Wir dürfen ihn wohl bei allen Völkern, die wir bei uns zu sehen die Freude haben, mit ganz geringen Ausnahmen als vorhanden annehmen, zunächst bei allen Deutschen, die jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle wohnen, also bei den Deutsch-Österreichern, Deutsch-Russen und Schweizern, ferner bei unseren nordischen Vettern, bei den Engländern und Nordamerikanern. Gleiches gilt von den romanischen Nationen, soweit sie zum Studium zu uns kommen, also von den Franzosen, Italienern, und den spanisch sprechenden Völkern. Auch bei den Angehörigen der gelben Rasse, hauptsächlich bei den Japanern, die so intensiv europäische Kultur anzunehmen sich bestreben, ist deutsches Wesen angesehen und geachtet.

In einem grundsätzlichen Gegensatz zum Deutschen stehen aber die überwiegenden Massen der slavischen Völkern, und dies erfordert doch eine ganz besondere Beachtung, zumal sie in Scharen zu uns strömen, die an einzelnen Hochschulen ein um so größeres Bedenken erregen, als diese Massen mit ihren deutschen Studiengenossen gar nicht zu verkehren pflegen, sondern nur unter sich bleiben. Wir gehen bei diesen Studenten zu einem erheblichen Teil der völkerverbindenden Vorteile verloren, die der Austausch von Studenten bringen sollte, zumal von einem solchen Austausch bei der Verfassung der russischen Hochschulen auch gar nicht die Rede sein kann.

Nun gibt die Statistik uns natürlich kein ganz klares Bild. Unter den russischen Staatsangehörigen sind zweifellos eine ganze Anzahl Deutschrussen,

die übrigens bei einigen Hochschulen gesondert geführt werden.

Auf der anderen Seite sind unter den Österreichern jedenfalls eine ganze Anzahl Tschechen oder andere Südslaven, die auf unseren Hochschulen die Waffen schmieden, um nachher um so rücksichtsloser das Deutschtum in Österreich bekämpfen zu können.

Ich glaube, keinen allzu großen Fehler zu begehen, wenn ich die Zahl der russischen Staatsangehörigen auf den einzelnen Hochschulen identifiziere mit den Elementen, die nach unserer Ansicht in großer Masse vereint für unsere Hochschulen sehr bedenklich sind.

Zunächst ist leider von der Aufstellung gemeinsamer Grundsätze der Bundesstaaten, die wir 1904 forderten, nicht die Rede. In der Beziehung sind die Interessen der Bundesstaaten nicht gleichartig. Mit den Vorteilen, die die Vielgestaltigkeit der Pflege der Kulturaufgaben durch die Einzelstaaten mit sich bringt, müssen wir auch die Nachteile mit in den Kauf nehmen, und zu denen gehört der Mangel an gemeinsamen Grundsätzen, in betreff der Aufnahmebedingungen für die Hochschulen für Inländer und Ausländer. Wir forderten 1904 Vorkehrungen gegen den Zuzug von solchen ausländischen Studierenden, die eine nicht genügende Vorbildung besitzen, und zwar durch die Maßgabe, daß die Ausländer eine Vorbildung nachweisen, die einmal den Anforderungen gleichwertig ist, die wir an die Zulassung von Studierenden stellen, und die ferner im Heimatlande diese Ausländer zum Studium an der technischen Hochschule oder an einer Universität als ordentliche Studierende berechtigt.

Da nun die technischen Hochschulen in Darmstadt und Karlsruhe für die inländischen Studenten die Maturität nicht verlangen, so stellen sie auch an die Ausländer diese Forderung nicht. Auch Dresden läßt bedingungsweise Ausländer mit ungenügender Vorbildung zu. Die Folge davon ist, daß sich gerade an diesen Hochschulen eine bedenklich große Zahl von Ausländern befindet, so in Darmstadt im letzten Wintersemester unter 1245 Studenten 420 Ausländer, darunter 324 Russen, in Karlsruhe 1230 Studenten mit 500 Ausländern, darunter 298 Russen.

Durch die Zeitungen ging vor einiger Zeit die Nachricht, daß bei der Wahl des Ausschusses der Studierenden der technischen Hochschule in Darmstadt die Russen eine Verschiebung der Zusammensetzung des Ausschusses herbeigeführt haben, entgegen den bisherigen Gepflogenheiten. Ich bin keineswegs gewillt, aus den Zeitungsnotizen mir ein Urteil über die Verhältnisse der Ausschußwahl in Darmstadt zu bilden. Der Ausschuß führte seinerzeit aus: Es handle sich hier nicht um eine Anmaßung der Korporationen, sondern um eine berechnete Notwehr des deutsch fühlenden Teiles der deutschen Studentenschaft gegen die immer mehr wachsende Russifizierung jener Hochschule. Unsere Hochschulen sind nicht nur Stätten, in denen die Wissenschaft gepflegt werden soll, sondern sie sind auch in hervorragendem Maße Erziehungsstätten für unsere deutsche Jugend. Daß eine so starke Beimischung fremdländischer Elemente und zum Teil sogar ausgesprochen deutschfeindlicher Ele-

mente das allergrößte Bedenken erregen muß, darüber wird der Verein deutscher Chemiker wohl nicht zweierlei Meinung sein, zumal in kleineren Städten wie Darmstadt und Karlsruhe eine Ausgleicheung durch nicht zur Hochschule gehörende Kreise weniger möglich ist, als vielleicht anderwärts. Aber auch Dresden mit 892 Studenten, darunter 95 Russen, also 11% der gesamten Studierenden, erregt mein Bedenken, und desgleichen München mit 2353 Studenten und 213 Russen. Es ist möglich, daß gerade in den beiden letztgenannten Städten, die ja beide hervorragende Fremdenstädte sind, auch mancher sich auf der technischen Hochschule einschreiben läßt, den das anzieht, was beide Städte in so reichem Maße an Kunstgenüssen zu bieten in der Lage sind. Daß die große Zahl der Russen hier in München aber bereits die Bedenken der Behörden erregt hat, geht aus der Tatsache hervor, daß die Aufnahmebestimmungen ausdrücklich die Einschränkung enthalten, daß bei russischen Staatsangehörigen die Aufnahme jeweils auf die Zahl der im vorangegangenen Semester ausgetretenen Studierenden dieser Nationalität beschränkt ist.

Wir werden in der Besprechung vielleicht Gelegenheit haben, von den Hochschullehrern zu hören, wie diese über die Angelegenheit denken. Noch wertvoller wäre es mir freilich, zu hören, was die Studenten sagen, die mitten unter sich diese große Zahl der Fremden haben. In der Beziehung möchte ich hinweisen auf die Eingabe, die laut Zeitungsnachricht die Studierenden der Berliner Universität an die Universitätsbehörde gerichtet haben, dahin gehend, daß „Ausländer erst 6 Wochen nach Beginn des Semesters zum Belegen von Vorlesungen zugelassen werden sollten, weil insbesondere in den medizinischen und naturwissenschaftlichen Kollegien die Ausländer beim Eintreffen der deutschen Studierenden schon vielfach die besten Plätze belegt hätten.“ Diesem Antrag ist nicht stattgegeben worden, da man an maßgebender Stelle auf dem Standpunkte stände, daß eine so späte Zulassung zur Immatrikulation einem Ausschlusse der Ausländer gleichkäme.

Wir haben also jedenfalls in Berlin nicht erreicht, was wir in unserem Antrage vom Jahre 1904 in zweiter Linie forderten, nämlich, daß die Ausländer nur so weit zugelassen werden sollten, als die Plätze nicht von den deutschen Studierenden beansprucht werden. In der Beziehung sind erst Anfänge vorhanden, insofern als Braunschweig beschlossen hat, nicht mehr als 12% Ausländer zu immatrikulieren. Auf die Bestimmungen hier in München habe ich bereits hingewiesen.

Die Klage aus Berlin und die ablehnende Antwort steht im Gegensatz zu den Ausführungen, die der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Dr. v. S t u d t, in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10./4. 1907 ausdrücklich gemacht hat: „Unsere Hochschulen sind in erster Linie für die inländischen Studierenden da, und es kann nicht geduldet werden, daß sie durch die Konkurrenz der Ausländer benachteiligt werden.“

Sie sehen, meine Herren, zwischen der Aufstellung von Grundsätzen und der Durchführung solcher Grundsätze in der Praxis ist oft ein weiter Weg,

zumal, wenn inzwischen andere Herren mit anderen Ansichten die Kultusangelegenheiten leiten.

So hat in der Sitzung des preußischen Hauses der Abgeordneten am 25./4. d. J. der Herr Minister der geistlichen Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten v. Trott zu Solz, bei Gelegenheit der Anregung einer Erhöhung der Gebühren für die an deutschen Universitäten studierenden Ausländer sich wie folgt geäußert:

„M. H.! Die preußischen Universitäten haben es stets als eine ihnen hoch erfreuliche Pflicht angesehen, den Ausländern Gastfreundschaft zu gewähren, ihnen ebenso wie unserer Jugend die Hörsäle zu öffnen, damit sie dort aus den Quellen der Wissenschaft schöpfen können, deutsche Wissenschaftlichkeit kennen lernen und mit den hier erworbenen Kenntnissen und Eindrücken in ihr Vaterland zurückkehren, wo sie uns sehr oft beständige, treue und wertvolle Freunde geworden sind. Daran, m. H., wollen wir festhalten; das entspricht der alten Tradition, das entspricht der hohen Stellung, die unsere Universitäten auch heute noch in der Welt einnehmen, der hohen Stellung, in der sie — ich glaube, das auch jetzt noch aussprechen zu dürfen, — jedenfalls in ihrer Gesamtheit von keinem anderen Lande überflügelt werden. Immerhin könnte man doch daran denken, daß da, wo für Universitätseinrichtungen von dem Staate besonders hohe Ausgaben gemacht werden müssen, bei der Einrichtung von wissenschaftlichen Instituten, von solchen Instituten, wo namentlich die Platzfrage eine große Rolle spielt, wo eben dem Zwecke des Instituts entsprechend, nur ein beschränkter Zuhörerkreis möglich ist, — daß man bei solchen Instituten, wo ja so wie so eine besondere Gebühr erhoben wird, vielleicht für die Ausländer eine Erhöhung der Gebühr eintreten läßt. Ich würde das nicht für unbillig halten. Ich erwäge eben diese Frage und kann Ihnen vielleicht im nächsten Jahre hier das Ergebnis mitteilen.“

In ganz ähnlichem Sinne haben sich betreffs des Ausländerstudiums die Herren Abgeordneten ausgesprochen. Zwar sind von verschiedenen Seiten die Übelstände anerkannt worden, die das Zuströmen einer Überzahl von Ausländern an unseren Hochschulen mit sich bringt. So beklagt der Abgeordnete Dr. R e w o l d, daß bei der großen Zahl der ausländischen Studenten unsere eigenen Studenten sehr beengt werden, und daß von jenen die besten Plätze in Anspruch genommen werden, und der Abgeordnete Dr. v. L i s z t gibt zu, daß das Ausländerwesen gerade für Berlin manche Mißstände mit sich bringe. Fast alle Redner aber heben hervor den Vorteil der Anknüpfung persönlicher Beziehungen zwischen den ausländischen Studierenden und ihren deutschen Kameraden während der Studienzeit und den günstigen Einfluß für die Zukunft.

Bei der verantwortungsvollen Stellung eines Abgeordneten ist es wohl erklärlich, daß die Herren mit einer größeren Zurückhaltung von den Übelständen sprechen, über die wir hier klagen. Bedauern muß ich es aber doch, daß keiner der Herren darauf hingewiesen hat, daß leider ein Teil unserer slavischen Nachbarn, die zu uns kommen, gar nicht das suchen und wünschen, was die Redner als den Vorteil auch für uns Deutsche hingestellt

haben, sondern daß die Herren kommen und gehen mit einem wilden Haß gegen alles Deutsche, daß sie keineswegs gewillt sind, hier Freundschaft mit den einzelnen Deutschen zu schließen und einst in ihrer Heimat Verständnis für deutsches Wesen zu verbreiten, sondern daß sie das hier Gelernte nur verwerten wollen zu einem um so intensiveren Kampfe gegen alles Deutsche.

Im preußischen Abgeordnetenhaus lag freilich kaum Veranlassung vor, diese Frage zu erörtern. Nicht einverstanden können wir uns erklären mit der Art und Weise, wie die wiederholte Klage der deutschen Studierenden über Verdrängung von den Plätzen im Abgeordnetenhaus behandelt worden ist. Mit einer bloßen Erhöhung der Gebühren werden wir diese Frage nicht lösen. Dazu müssen wirksamere Mittel ergriffen werden. Wenn wir mit der ersten Forderung der Vorbildung bei den meisten deutschen Hochschulen unser Ziel erreicht haben, so scheint es mit der Platzfrage doch noch gar nicht nach Wunsch zu gehen, und wir müssen wiederholt die Forderung betonen:

Die deutschen Hochschulen sind in erster Linie für die deutschen Studenten da.

Dr. Karl Goldschmidt.

Geheimrath v. Meyer: „Ich habe erst während der Sitzung den von Herrn Dr. Goldschmidt erstatteten Bericht kennen gelernt. Da möchte ich eine Bemerkung betreffend Dresden richtig stellen. Es heißt auf S. 1650: „Auch Dresden läßt bedingungsweise Ausländer mit ungenügender Vorbildung zu.“ Demgegenüber bemerke ich, daß seit mehreren Jahren — ich rede nur von solchen, die als Studenten immatrikuliert werden, nicht von den Hörern, die nur eine sehr geringe Zahl bilden — als ordentliche Studierende nur solche Russen aufgenommen werden, die mindestens die Bedingungen erfüllen müssen, welche sie in Rußland zum Studieren an einer Universität oder Technischen Hochschule berechtigen, die also das Aufnahmeexamen der Universität gemacht haben. Ich glaube sogar, daß sie ein oder einige Semester an einer Hochschule studiert haben müssen.“

Dr. Karl Goldschmidt: „Ich beziehe mich auf das Vorlesungsverzeichnis und die dort mitgeteilten Aufnahmebedingungen; da heißt es: Abiturienten von siebenklassigen Mittelschulen des Auslandes werden in der Regel nicht mehr als Studierende aufgenommen. Darauf bezog sich meine Bemerkung. Wenn also die Aufnahme in Zukunft in der Regel nicht mehr erfolgen soll, so werden auch in Zukunft noch Ausnahmen gemacht werden.“

Geheimrat Prof. Dr. H e m p e l: „Das kann ich leicht erklären. Es gibt einzelne Länder, die nur siebenklassige Mittelschulen haben; da begnügen wir uns selbstverständlich mit dem Nachweis, daß die Leute an den Universitäten des betreffenden Landes studieren könnten. Das gilt z. B. von Spanien. Wir haben eine Anzahl Spanier bei uns. Spanien hat überhaupt keine Mittelschulen mit mehr als 7 Klassen. Dann müßten wir also die Spanier prinzipiell ablehnen. Wir schätzen es uns aber zur besonderen Ehre, daß wir eine ganze Menge Ausländer bei uns haben und solche Aus-

länder, von denen höchst erwünscht ist, daß sie kommen.“

Dr. Großmann: „Ich wollte Herrn Dr. Goldschmidt nur darauf aufmerksam machen, daß es doch seine besonderen Gründe hat, weshalb die Russen zu uns kommen. Wenn die Verhältnisse in Rußland sich einmal ändern, wenn dort bei der Zulassung zur Universität nicht mehr andere Rücksichten als die der persönlichen Tüchtigkeit gelten werden, so wird von selbst der große Zudrang russischer Studenten auf unseren Hochschulen zurückgehen. Ich habe noch im vorigen Jahre auf dem Kongreß in London mit vier russischen Dozenten gesprochen, die mir gesagt haben, sie hätten zwei oder drei Jahre lang keinen Unterricht abhalten können. Das bezog sich auf die Universität Warschau. Wenn das anders wird, so wird dieser Zudrang von selbst aufhören. Und wenn man sagt, die Russen hätten nicht ein so ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl, so sind ja sicher Auswüchse in der russischen Studentenschaft vorhanden, das wird kein Mensch bestreiten; aber soweit ich Erfahrung habe, sind die Russen den Deutschen immer sehr lebenswürdig und freundlich entgegengekommen.“

Dr. Karl Goldschmidt: „Ich bin ganz einig mit Herrn Geheimrat Hempel. Es ist für uns eine Ehre, Ausländer bei uns zu sehen, auch Russen; ich wende mich nur gegen die Massenhaftigkeit der Ansammlung von Russen; die halte ich für bedenklich, und ich kann es den jungen Leuten nachfühlen, wenn sie sagen: es ist unerhört, unsere Wahlen zum Ausschuß werden beeinflußt durch die russischen Studenten. Das sind Auswüchse, die wir bekämpfen müssen.“

Daß die Verhältnisse in Rußland für die eigenen Landeskinde so ungünstig liegen, bedauern wir. Aber wir Deutschen sind doch nicht dazu da, nun um deswillen die Menge der Russen aufzunehmen und zuzusehen, wie unsere eigenen Söhne draußen stehen müssen und nicht Platz erhalten können. Soweit wir Russen überhaupt aufnehmen wollen, sollten sie sich auf die einzelnen Hochschulen verteilen, aber nicht an einigen wenigen zusammenströmen.“

Geheimrat Möhlau: „Ich bin durchaus einverstanden mit dem, was Herr Dr. Goldschmidt gesagt hat; ich möchte nur für Dresden insofern eintreten, als dort das Belegen von Plätzen in den Laboratorien und Zeichensälen den Ausländern erst dann gestattet ist, wenn wir davon überzeugt sind, daß unsere inländischen oder unsere ausländischen deutschsprechenden Studierenden ihre Plätze erhalten haben. Es ist, soviel ich weiß, eine Frist von 14 Tagen den Inländern vorbehalten, während deren es den Ausländern nicht erlaubt ist, Plätze zu belegen.“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Es ist das nicht der Fall. Dann danken wir Herrn Dr. Goldschmidt für seinen Bericht, bitten ihn aber, denselben auch noch für die nächsten Jahre zu übernehmen. Wir werden wohl gelegentlich wieder einmal die zutage tretenden Übelstände zusammenfassen und zu einer Resolution verdichten müssen, vielleicht schon im nächsten Jahre.“

9. Hilfskasse.

Bericht des Kuratoriums der Hilfskasse des Vereins Deutscher Chemiker für das Jahr 1909.

Die Entwicklung der Hilfskasse war auch im Jahre 1909, wie bisher, eine durchaus befriedigende, obgleich die Zuschüsse des Hauptvereins und der Bezirksvereine gegenüber früher zurückgegangen sind.

Das Stammkapital erhöhte sich im Laufe des Jahres um 4385,60 M. Hiervon wurden aufgebracht durch:

	M
Freiwillige Beiträge von Mitgliedern . . .	507,60
Bezirksverein Frankfurt	500,00
Vermächtnis Dr. Plath	1000,00
Ergebnis der Stellenvermittlung	188,00
Übertragung der Hälfte des Überschusses	2190,00
	4385,60

Insgesamt weist also das Stammkapital einen Bestand von 46 599,78 M auf.

Dieser Betrag ist zur Hauptsache in mündelsicheren Wertpapieren angelegt, die den nachstehenden Anschaffungswert darstellen:

	M
6 000 M 3,5% Bremer Staatsanleihe . .	5 994,00
2 000 „ 3,5% Hamburger Staatsanl. .	1 999,00
1 000 „ 3,5% Kölner Stadtanleihe . .	997,00
5 000 „ 3,5% Halberstädt. Stadtanl. .	4 995,00
14 800 „ 3 % Reichsanleihe	13 296,20
10 000 „ 3,5% Reichsanleihe	9 895,35
3 000 „ 4 % Deutsch.-Atl. Tel.-Ges. .	2 982,70
640 „ 4 % Preuß. Hyp.-B. Pfandbr. .	646,40
6 000 „ 3,5% Preuß. Consols	5 746,00
	46 551,85

Diese Wertpapiere bringen 1910 eine Zins-einnahme von 1639,60 M.

Im Jahre 1909 wurden 6 Darlehen in einer Gesamthöhe von 1700 M bewilligt. 8 Gesuche mußten abgelehnt werden, und zwar aus verschiedenen Gründen; teils wegen der Höhe der geforderten Summen, oder, weil der Zweck den Satzungen der Hilfskasse nicht entsprach oder, weil eine Hilfsbedürftigkeit überhaupt nicht vorlag. Im Berichtsjahre wurden 1350 M aus früher gegebenen Darlehen zurückbezahlt, so daß sich das Verhältnis von Gesamtausleihesumme zur zurückgezählten Summe gebessert hat.

Die Abrechnung der Hilfskasse für 1909 im Vergleich zur Abrechnung 1908 und dem Haushaltsplan 1909 ergibt das folgende Bild:

	Abrechnung 1908 M	Abrechnung 1909 M	Haushaltsplan 1909 M
I. Einnahmen:			
Zuschuß Hauptverein	1000,00	500,00	500,00
Dgl. Bez.-Vereine	600,50	900,00	500,00
Zinsen Stammkapital	1444,60	1531,65	1500,00
Dgl. aus Kapitalien	—	12,15	—
Rückzahl. v. Darlehen	850,40	1341,55	600,00
Rechn.-Übersch. 1908	1747,25	—	—
Dgl. 1909	—	1824,95	1824,95
	5642,75	6110,30	4924,95
II. Ausgaben:			
Unterstützungen	1865,00	1700,00	4624,95
Porti, Spesen usw.	127,80	30,70	300,00
Zum Stammkapital	1825,00	2190,00	—
Übertr. auf 1909 u. 1910	1824,95	2189,60	—
	5642,75	6110,30	4924,95

Der Haushaltsplan für 1910 ist im Kuratorium wie folgt aufgestellt worden:

Einnahmen	M	Ausgaben	M
Vortrag aus 1909 .	2189,60	Unterstütz.	5400,00
Zuschuß Hauptver.	500,00	Spesen usw.	329,60
Dgl. Bez.-Ver. . .	500,00		
Zinsen Stammkap.	1640,00		
Rückzahlungen . .	900,00		
	<u>5729,60</u>		<u>5729,60</u>

Wir nehmen gerne die Gelegenheit wahr, allen denjenigen Mitgliedern und Bezirksvereinen, die die Hilfskasse durch Zuwendungen unterstützt haben, unseren besten Dank auszusprechen und sie zu bitten, auch in Zukunft das Interesse für die Hilfskasse bewahren zu wollen.

Den 12. April 1910.

Das Kuratorium:

gez. Dr. Raschig. Scheithauer
Fritz Lüt y.

Dr. Raschig: „Ich habe meinem Bericht wenig zuzufügen. Unser Vermögen ist nicht groß, etwa 46 000 M. Wir sind, was sichere Einnahmen anlangt, eigentlich nur auf die Zinsen von diesen 46 000 M angewiesen. Daneben haben wir noch einige unsichere Einnahmen; der Hauptverein schießt alljährlich 500 M zu, früher waren es 1000 M. Einige Bezirksvereine haben sich auf meinen warmen Appell im vorigen Jahre bereit erklärt, wieder größere Summen beizusteuern, so daß wir aus solchen Quellen in diesem Jahre auf 900 M Einnahmen gekommen sind; früher haben wir bis zu 1500 M gehabt. Ob wir dieses Jahr so hoch kommen werden, ist mir zweifelhaft. Aber vielleicht werden einige von den Vorstandsratsmitgliedern, die die Reisekosten nach München vergütet bekommen, zugunsten der Hilfskasse darauf verzichten; es ist kein Geheimnis, daß Herr Lüt y in dankenswerter Weise derartige Anträge, wenn sie an ihn gelangen, vermittelt. Möglicherweise kämen wir auf diesem Wege wieder zu etwas reichlicheren Einnahmen. Es gibt doch genug Mitglieder des Vorstandsrates, die so gestellt sind, daß sie die Hauptversammlung auch da n n besuchen würden, wenn ihnen der Verein die Reisekosten nicht ersetzte. Diese können leichten Herzens zugunsten der Hilfskasse auf diese Vergütung verzichten.“

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: „Es ist gestern darauf hingewiesen worden, daß einige Fachgruppen sehr wohlhabend sind. Ich möchte auch diese herangezogen wissen, nicht bloß die Bezirksvereine.“

Dir. Lüt y: „M. H.! Der Vorschlag, den Herr Kollege Raschig vorhin gemacht hat (nämlich: auf die Reisekosten zugunsten der Hilfskasse zu verzichten), wird seit einer Reihe von Jahren von ihm befolgt, ebenfalls von einigen anderen Herren. Ab und zu hat auch jemand das Honorar, das ihm die Zeitschrift für gewisse Artikel zahlte, der Unterstützungskasse überwiesen. Es ist ein Glück, daß wir manchmal in dieser Weise einen oder den anderen stillen Wohltäter finden, wir würden noch schlechter dastehen, wenn dies nicht der Fall wäre. In früheren Jahren war es eine ganze Anzahl von Mitgliedern, welche der Hilfskasse in dieser Weise aufhalfen, aber leider ist die Zahl sehr zurückgegangen. Diese

Beiträge gehen nicht in die jährliche Haushaltung, sondern werden dem Stammkapital zugeschlagen und tragen so indirekt zu einer dauernden Einnahme der Hilfskasse bei. Ich kann also nur den Vorschlag des Herrn Kollegen Raschig in jeder Weise unterstützen. Einen Verzicht der Vorstandsratsmitglieder auf die Reiseentschädigung konnten wir ja nicht zulassen, um nicht zwei Klassen von Mitgliedern zu schaffen; aber mit dem Betrag, der einem Mitgliede angewiesen wird, kann es natürlich machen, was es will; das Mitglied kann diesen Betrag also ruhig der Hilfskasse überweisen, ohne befürchten zu müssen, als Vorstandsratsmitglied disqualifiziert zu werden.

Dem Vorschlage des Herrn Geheimrat Delbrück schließe ich mich gern an und erwarte in nächster Zeit einen größeren Scheck der Fachgruppe für Gärungschemie. (Heiterkeit.)

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zu:

10. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes.“ (Vgl. S. 1620.)

Dir. Lüt y: „M. H.! Wir haben uns in diesem Jahre nur mit Dingen zu befassen gehabt, die uns auch früher schon beschäftigten. Wir haben nochmals die Forderung erhoben, daß sämtliche Chemiestudierende ihr Studium durch ein Abschlußexamen beenden sollen; sei es mit Promotion, sei es mit dem Diplomexamen, ferner daß sie das Maturum haben sollen. Es ist zur Sprache gebracht worden, daß die Hochschulen zu Darmstadt und Karlsruhe die Zügel in der Hinsicht etwas fallen lassen, daß Darmstadt und, soviel ich weiß, auch Karlsruhe jetzt wieder Studierende ohne Maturum aufnehmen. Früher haben, soweit ich unterrichtet bin, sämtliche Hochschulen das Maturum verlangt. Jetzt werden, soviel ich weiß, in Darmstadt und Karlsruhe auch Studierende zum Diplomexamen ohne Maturum zugelassen; ich weiß aber nicht, ob das sicher ist.

Geheimrat Prof. Dr. Hempel: „Es wird niemand zu dem Diplomexamen zugelassen.“

Dir. Lüt y: „Der Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes hat früher verlangt, daß auch die geprüften Nahrungsmittelchemiker auf jeden Fall das Maturum besitzen sollten. Sie wissen, daß es zulässig ist, daß Apotheker mit Note I zur Prüfung als Nahrungsmittelchemiker zugelassen werden, und tatsächlich hat sich herausgestellt, daß etwa 60% der geprüften Nahrungsmittelchemiker auf diese Weise zugelassen worden sind. Die Maturität ist also wesentlich zurückgegangen. Diesmal ist nun die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker selbst mit dem Antrag gekommen, man möge für die Nahrungsmittelchemiker eine Maturitätsprüfung verlangen. Es würde das so schlimm nicht sein; denn ob ein Pharmazeut mit der Note I oder II durchkommt, dürfte manchmal von der Stimmung des beteiligten Dozenten abhängen.

Dann ist bei der Versammlung die Frage aufgetaucht, ob es für den Chemikerstand Interesse hat, wenn die Chemiker mit hineingezogen werden in das allgemeine Privatbeamtenpensionsgesetz. Der Ausschuß hat sich sehr eingehend mit dieser

Frage beschäftigt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es im Interesse des Chemikerstandes läge, eine solche Hineinziehung zu verlangen.

Das sind die wichtigsten Dinge, die uns beschäftigt haben.

Eine Bemerkung ist mir gestern bei der Debatte aufgefallen, daß nämlich die Universität Leipzig die Promotionsbedingungen in dem Sinne geändert habe, daß die Apotheker sowohl mit Note I wie mit Note II zur Promotion zugelassen werden können¹⁾. Damit würde zum ersten Male wieder die mit großer Mühe und Not hergestellte Einigkeit durchbrochen sein, wonach auf Universitäten die Promotion nur zugelassen werden soll, entweder bei Maturität oder in Ausnahmefällen, infolge übereinstimmenden Beschlusses der Fakultät auf Antrag des Referenten, auf Grund einer ganz hervorragenden Arbeit. Es würde die neue Bestimmung natürlich eine Verschlechterung sein.“

Vors.: „Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Dann können wir den Punkt verlassen.“

11. Tätigkeit des Deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht.

Der Bericht über die Tätigkeit des Jahres 1909 liegt gleichfalls gedruckt vor. (Vgl. S. 1622.)

Vors.: „Wünscht einer der Herren das Wort hierzu? Es ist nicht der Fall.“

¹⁾ Wie schon bei den Verhandlungen des Vorstandsrats erwähnt, beruht diese Annahme auf Mißverständnis. Auch in Leipzig können Apotheker nur promovieren, wenn sie neben anderen einschränkenden Bedingungen die Note I erhalten haben.
C. Duisberg.

12. Tätigkeit des Vereins Chemische Reichsanstalt. Vgl. S. 1623.

13. Verschiedene geschäftliche Mitteilungen.

Vors.: „Hat einer der Herren noch etwas mitzuteilen? Ich habe noch einige Telegramme zu verlesen.“

(Telegramme von dem Verein deutscher Kali-Interessenten, von Geheimrat Dr. v. Böttinger, Dr. Kubierschky, Dr. Schweitzer und dem New Yorker Verein werden verlesen.)

„Außerdem liegt eine Reihe von Briefen vor, darunter ein besonders herzlicher von unserem Ehrenmitgliede, Hofrat Dr. Caro, der leider durch Krankheit verhindert ist, hier zu erscheinen.

M. H.! Damit sind wir am Schlusse unserer geschäftlichen Verhandlungen angelangt, viel zeitiger als in früheren Jahren. Eine große Zahl, mehr als 100 Mitglieder, haben trotz des schönen Wetters hier ausgehalten. Im Namen des Vereins danke ich Ihnen für die Ausdauer und Aufmerksamkeit, mit der Sie zugehört und sich an den Debatten beteiligt und doch gesorgt haben, daß wir nicht allzu lange hier sitzen mußten. Damit, m. H., schließe ich diese Sitzung.“

Dr. Bein: „M. H.! Ich bin an Jahren zwar nicht der älteste unter Ihnen, habe aber als wohl das älteste Vereinsmitglied die große Arbeitslast bewundern können, die der Herr Vorsitzende in der Leitung der Verhandlungen gestern und heute zur allgemeinen Zufriedenheit bewältigt hat. Ich darf wohl auf Ihrer aller Einverständnis rechnen, wenn ich ihm dafür unseren herzlichen Dank ausspreche, und bitte Sie, sich zum Zeichen Ihrer Zustimmung von den Sitzen zu erheben. (Geschrie, Bravo und Händeklatschen.)

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil.

Kurze Nachrichten über Handel und Industrie.

Vereinigte Staaten. Zolltarifentscheidungen. Silberchlorid wird als nicht besonders erwähnte chemische Verbindung gemäß § 3 des Zolltarifes von 1909 mit 25% vom Werte verzollt. „Badiane“, „Anethol extra“ und „Anis de France“ sind Anisöl, welches nach § 639 des Tarifes von 1909 zollfrei ist; dagegen unterliegt „Mandarine“ als Fruchtöl gemäß § 21 einem Zoll von 1 Doll. für 1 Pfd., oder von mindestens 25% vom Werte. — Lithyol hat als alkoholisches medizinisches Präparat gemäß § 65 einen Zoll von 25% vom Wert zu bezahlen und ist nicht als „Ichthyol“ gemäß § 626 zollfrei; „Cibanonbraun“ wurde als „eine aus Alizarin oder Anthracen gewonnene Farbe“ nach § 469 für zollfrei erklärt (§ 48 der Freiliste von 1909). — Jalapharz ist als alkoholisches medizinisches Präparat zu klassieren, das nach § 65, Tarif von 1909, einem Zolle von 55 Cts. für 1 Pfd. unterliegt. Eine Entscheidung allgemeinerer Natur betraf Kaliumperchlorat, das vom Zollamt unter § 3, Tarif von 1909, als nicht besonders erwähntes chemisches Präparat mit 25% vom Wert besteuert worden war.

Gustav Martin, Boston, beantragte dagegen, den Artikel als ein Kaliumchlorat ähnliches Salz mit 2 Cts. für 1 Pfd. gemäß § 61 zu verzollen. Das Board wies den Antrag indessen ab, da die in § 481 enthaltene Ähnlichkeitsklausel nur auf solche Waren Anwendung findet, für welche in dem Tarif keine anderweitige Bestimmung getroffen ist. — Sojabohnenölkuchen genießt als „Ölkuchen“ gemäß § 638 des Tarifes von 1909 Zollfreiheit. Von dem Zollamte war es als nicht bes. erwähntes Fabrikat verzollt worden. [K. 1039.]

Die von der Amer. Viscose Co. in Marcus Hook bei Chester, Pa., gegenwärtig errichtete Fabrik zur Erzeugung von „Viscose“ wird wöchentlich 10 000 Pfd. davon herstellen. Die Gesellschaft, eine Gründung von Samuel Cortauld & Co., Ltd. in London, ist mit 1 Mill. Doll. kapitalisiert. Die Aktien befinden sich sämtlich in Händen der engl. Gesellschaft. Die Anlagekosten sind auf 450 000 Doll. veranschlagt.

Die Louisville Cotton Oil Co., die bedeutendste Baumwollsaamenölräffinerie in Louisville, Kentucky, hat ihre Anlagen bedeutend erweitert, so daß sie 1500 Faß am Tage zu raffinieren vermag.

Die General Chemical Co. in Neu-York gibt